

## Zu den Enthüllungen über die Reichstags-Brandstiftung

# SA.-Mann Kruse sagt die Wahrheit

Noch immer Schweigen der Regierungs-Brandstifter - Zwei deutsche Juristen nehmen das Wort - Der Brief des Reichstagsbrandstifters Kruse klärt bisher ungelöste Rätsel

Der juristische Verfasser einer bekannten Broschüre über den Reichstagsbrand (Verlagsanstalt Graphia-Karlsbad) schreibt uns:

Die Selbstbezüglichung des SA.-Mannes Kruse, des Dieners Röhm's, zusammen mit andern unter Führung von Röhm, Heines und Ernst den Reichstag angezündet zu haben, bedeutet sicherlich eine hochsensationelle Wendung in diesem größten Kriminalfall unserer Zeit. Die erste Frage, die sich der gewissenhafte Forscher dieses Labrynth's vorlegt, ist natürlich die: Halten alle Einzelheiten der Darstellung, die Kruse gibt, gemessen an den unzweifelhaft festgestellten Tatsachen Stand? Stimmen sie mit diesen überein, oder lassen Widersprüche? Je nachdem wird man die Glaubwürdigkeit dieses Gewährsmannes einzuschätzen haben. — Hier ergibt sich nun:

Kruses Darstellung ist nicht nur im Rahmen der bisherigen tatsächlichen Ergebnisse durchaus möglich, sie gibt auch für viele bisher unerklärliche Dinge eine plausible Erklärung.

Im Reichstagsbrandprozeß gegen van der Lubbe und Genossen sind eine ganze Reihe von Vorgängen absolut unaufgeklärt geblieben, d. h. man hat die Tatsachen, aber nichts von ihren Ursachen feststellen können. Wir nennen hier einige:

1. Es steht fest, daß das Feuer im großen Sitzungssaal des Reichstages sich binnen drei, allerhöchstens vier Minuten aus einer kleinen Flamme in einen Riesenbrand verwandelt hat. Alle Sachverständigen haben — mit Recht — es für absolut ausgeschlossen erklärt, daß von der Lubbe, wie er vor Gericht behauptet hat, mit seiner Jacke und einigen daraufgeschütteten Brocken, Reste eines in der Tasche zerdrückten Kohlenanzünder's, eine so enorme Wirkung erzielen konnte. — Kruses Darstellung von dem durch zehn SA.-Leute in Säcken hereingetragenen Brennpulver gibt hier eine volle Erklärung.

2. Am nächsten Tage nach dem Reichstagsbrand bereits meldete Görings Pressedienst: die Menge der aufgefundenen Brandmaterialien beweise, daß zu ihrer Herstellung mindestens zehn Mann nötig gewesen seien. Nun ist aber, wie aus dem Reichstagsprozeß bekannt, keine Spur mehr von dem verwendeten Brennmaterial gefunden worden, außer den paar Kleidungsstücken von der Lubbe! Diese Notiz kann also nur entstanden sein, weil man bei Göring wußte, daß wirklich zehn Mann das Brandmaterial in den Reichstag geschleppt hatten, wie Kruse jetzt bekannt gibt.

3. Das gleiche gilt von der weiteren Meldung des Preussischen Pressedienstes, daß diese unbekanntem zehn Täter durch den unterirdischen Gang aus dem Reichstag entkommen seien. Der Junge Weber, der Führer von Görings Stadtwache, hat vor dem Reichsgericht bekundet, daß er auf Görings Befehl noch in der Brandnacht die Türen des unterirdischen Ganges geprüft und ordnungsmäßig abgeschlossen gefunden habe. Es war also ausgeschlossen, daß fremde Täter durch den Tunnel geflohen waren. Nur wer Schlüssel hatte, konnte ihn benutzt haben. Auch hier entspringt also die Meldung dem Wissen über den tatsächlichen Vorgang, wie Kruse ihn jetzt bekundet.

4. Der Nachtportier des Reichstages Adermann hat als Zeuge eidlich bekundet, daß er mehrere Wochen, das letzte Mal zehn Tage vor dem Reichstagsbrand, des öfteren nächtliche Schritte in dem unterirdischen Gang gehört hat. Er hat zur Probe Papiereisen vor die verschlossenen Türen gestellt und hat sie am nächsten Tag zertrissen vorgefunden. Dieser einwandfreien Aussage ist das Gericht nicht nachgegangen und hat sie als „belanglos“ abgetan! Sie findet jetzt ihre überraschende Bestätigung durch die Bekundung Kruses, daß der siebzehn Tage vor dem Brand zusammengekettete Stoßtrupp unter Heines und Ernst in mehreren Nächten auf die Brandstiftung unter Benutzung des Tunnels einexerziert worden ist.

5. Von der Lubbe hat vor Gericht angegeben, daß er an einer bestimmten Stelle seines „Brandweges“ — nämlich im Ostgang des Sitzungssaales — plötzlich Stimmen aus benachbarten Räumen gehört habe. Alle im Prozeß vernommenen Zeugen jedoch, die bis zu dieser Zeit den Reichstag betreten hatten, befanden sich in einem weit entfernten, nämlich im westlichen Teil des Reichstags, so daß es unmöglich ist, daß von der Lubbe einen von ihnen wahrgenommen haben kann. Dagegen ist die Ostseite des Reichstages diejenige, in die man zuerst gelangt, wenn man den Ost-West laufenden unterirdischen Gang vom Präsidenschaftsgebäude benutzt. Nun sagt Kruse aus, daß Röhm den Befehl zum Ansetzen der Pulversäcke gegeben hat, nachdem er sich überzeugt hatte, daß von der Lubbe in einem Nebensaal herumsprang. — Auch hier die überraschende Erklärung eines bisher unerklärlichen Tatbestandes.

Fassen wir zusammen: Gerade in den Punkten, wo bisher jede menschliche Erklärungslust verlagert hat, fällt man nicht an überirdische Wunder glauben wollte, gibt die Darstellung des SA.-Mannes Kruse absolut schlüssige und plausible Erklärungen. Das spricht sehr stark für ihre Wahrheit!

Justinian.

## Der gefälschte Kanzlerbrief

Die „Banden“ des deutschen Reichskanzlers und seine Presse

Soweit wir sehen können, waren wir gestern als einzige deutsche Zeitung in der Lage, den Brief des Reichskanzlers an den Reichspräsidenten über die Berufung Papens zum Sondergesandten nach Wien zu veröffentlichen.

In diesen Schreiben steht folgender Satz: „In Verfolg der Ereignisse in Wien habe ich mich gezwungen gesehen, dem Herrn Reichspräsidenten die Enthebung des deutschen Gesandten in Wien, Dr. Rieth, von seinem Posten vorzuschlagen, weil er auf Aufforderung österreichischer Bundesminister bzw. der österreichischen Aufständischen sich bereitfinden ließ, einer mit diesen Banden getroffenen Abmachung bezüglich freier Geleites und Abzugs der Aufständischen nach Deutschland ohne Rücksicht auf die deutsche Reichsregierung seine Zustimmung zu geben.“

Klar steht im Original „einer mit diesen Banden...“ Der deutschen Presse ist erst heute erlaubt worden, den Brief abzufragen, und zwar mit der Fälschung, daß es nun heißt „einer zwischen diesen beiden getroffenen Abmachung“.

Der deutsche Reichskanzler wagt also vor der deutschen Öffentlichkeit nicht, die Bezeichnung seiner parteigebundenen Mörder des österreichischen Kanzlers als Banden auszusprechen. Der „Führer“ hat sich irgendwelchen härteren Einflüssen aus seiner Partei gefügt.

Die Fälschung ist sehr reich für die gesamte internationale Politik und sollte auch dem Einsichtigsten das Doppelspiel Hitlers klar machen. Er schwankt zwischen der Furcht vor den außenpolitischen Folgen der von ihm seit anderthalb Jahrzehnten organisierten Banditenfreize und der Angst vor den Banditen, von denen er abhängig ist, und denen er deshalb nicht wehe zu tun wagt.

Das ist Hitler. Europa verdient ihn, wenn es ihn duldet.

## Zwanzig Jahre Krieg

Von R. R. Coudenhove-Kalergi

Seit 20 Jahren lebt Europa im Kriegszustand. Dem Krieg auf den Schlachtfeldern ist der Wirtschaftskrieg gefolgt: von der Inflation zur Wirtschaftskrise.

Opfer dieser falschen Politik und falschen Wirtschaft sind die Millionen vernichteten Existenzen, die Arbeitslosen, die verelendeten Arbeiter, die verschuldeten Bauern, die zugrundegegangenen Sparer und Pensionisten.

All diese Opfer hätten sich vermeiden lassen, wenn Europa sich am Ende des Weltkrieges zu einer Politik der Versöhnung entschlossen hätte und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Statt dessen haben die Politiker und Wirtschaftsführer nach dem Krieg nichts anderes getan, als die Vorkriegspolitik und die Vorkriegswirtschaft fortzusetzen. Sie glaubten nicht an den Anbruch einer neuen Zeit. Sie verstanden nicht, daß der Weltkrieg den endgültigen Zusammenbruch bedeutet hat des „europäischen Gleichgewichtes“ und des „europäischen Konzertes“. So setzten sie ihre diplomatischen Intriquen fort, ihre militärischen Rüstungen, ihre wirtschaftlichen Rivalitäten.

Indessen wurde die Lage Europas nicht besser, sondern immer schlechter. Heute steht nicht nur die europäische Wirtschaft vor dem Bankrott, sondern auch die europäische Kultur.

Die Menschenrechte, für deren Anerkennung durch Jahrhunderte besten Europäer gekämpft und gelitten haben, werden heute in den meisten Staaten Europas mit Füßen getreten. Die Völker, deren Abhängigkeit der höchste Ruhm des

Fortsetzung siehe 2. Seite

## Wiederaufnahme des Reichstagsbrandprozesses?

In den vielen Zuschriften, die wir auf den Brief des SA.-Mannes Kruse aus dem Stabe Röhm's erhielten, wird die Vorgänge bei der Reichstagsbrandstiftung durch die nationalsozialistische Parteiführung schildert, ist auch die Frage aufgeworfen, ob nicht ein Wiederaufnahmeverfahren des Prozesses möglich wäre. Wir haben einen hervorragenden deutschen Juristen gebeten, sich dazu zu äußern. Hier ist seine Meinung:

Eine Wiederaufnahme zu Ungunsten der Freigesprochenen scheidet in diesem Fall für uns aus.

Eine Wiederaufnahme zu Gunsten der Freigesprochenen ist aber nicht zulässig.

Die Beibringung neuer Tatsachen und Beweismittel begründet nach Paragraph 359 der Strafprozessordnung die Wiederaufnahme nur zu Gunsten eines Verurteilten, wenn die neuen Tatsachen oder Beweismittel allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen für Freisprechung des Verurteilten oder die Anwendung eines

milderen Strafgesetzes begründen würde. Die Wiederaufnahme eines Verfahrens zu Gunsten eines Freigesprochenen nur wegen der Urteilsgründe, also zum Beispiel deshalb, weil er mangels Beweises freigesprochen wurde, während seine Freisprechung wegen erwiesener Unschuld hätte erfolgen müssen, war gesetzlich nie in Deutschland vorgesehen, ein Mangel des Strafprozessgesetzes, auf den ich mit vielen anderen seit einem Menschenalter vergeblich hingewiesen habe.

Ich habe deshalb die Freisprechung von Torgler und Genossen im Gegensatz zur landläufigen Meinung nie für einen Akt der Unabhängigkeit des Reichsgerichtes gehalten, sondern für eine ausgesprochene Liebedienerlei gegenüber dem Hittersystem, das in seiner abgründigen Dummheit sie nur nicht verstanden hat. Wenn nämlich das Reichsgericht die Angeklagten verurteilt hätte, dann hätte es für den Fall des Aufkommens neuer Tatsachen und Beweismittel, auch nach einer etwaigen Hinrichtung der Angeklagten, die Richter-

Fortsetzung siehe 2. Seite

## Wiederaufnahme des Reichstagsbrandprozesses?

Fortsetzung von Seite 1

Die Zuständigkeit darüber beurteilt, ob das Verfahren wieder aufgenommen ist. Ein solches Wiederaufnahmeverfahren hätte auch immer von neuem beantragt werden können. Damit wäre das Reichsgericht in die Gefahr gekommen, daß die richterliche Verantwortung auch hinsichtlich seiner „Rechtstellungen“ über die Nichttäterlichkeit der Nazis und die Täterlichkeit der Kommunisten begründet worden wäre. Die einzige Methode, diese „Rechtstellungen“ einem Wiederaufnahmeverfahren zu entziehen, war die, die niederträchtigen „Rechtstellungen“ zu treffen, zugleich aber die Angeklagten mangels Beweises freizusprechen, also zu sagen, daß man zwar wahrscheinlich, aber doch nicht mit „voller Sicherheit“, die richtigen Kommunisten erwischt habe.

Höchstens heute ein Nachhaken auch nicht in Form eines Wiederaufnahmeverfahrens. Dieser hätte m. E. auch das politische Bedenken, den Wunsch zu erwecken, als ob der deutsche Gerichtsbarkeit eine unbefristete Unterordnung dieser Sache zuzutragen sei. Das Reichsgericht würde zudem inzwischen aus der Zuständigkeit ausgeschieden sein, die jetzt dem „Volksgerichtshof“ zuzutrauen. An dieses Schandgericht auch in journalistischer Form einen „Antrag“ zu stellen, siehe immerhin inzulassen seine Existenz befehlen. Das würde ich für unangänglich halten.

Wäre Deutschland ein Rechtsstaat, dann hätte die Nachprüfung der Sache nach dem Gesetz dadurch stattzufinden, daß ein Strafverfahren gegen die wirklichen Täter einzuweisen wäre. Die Einleitung dieses Verfahrens würde von Amts wegen der Staatsanwaltschaft obliegen. Es ist klar, daß diese schon nach dem Gesetz nicht unabhängige Behörde niemals die Genehmigung zur Durchführung des Strafverfahrens erhalten würde.

Wenn nachgehakt werden soll, so wird das nur in der Weise möglich sein, daß man formell ironisch an Göringer als den obersten Chef der verreckelten deutschen Staatsanwaltschaft die Aufforderung richtet, auf Grund der als Strafsachen geltend gemachten und in aller Form bei ihm einzurechnenden Verurteilungen das Strafverfahren wegen Brandstiftung einzuleiten, zudem das wegen falscher Anschuldigungen der Angeklagten im Reichstagsbrandprozess. Ich würde es aber eigenlich auch nicht für sehr richtig halten, diesen Weg zu wählen, sondern glaube, daß eine rein journalistisch-juristische Darlegung der Konsequenzen dieser Entschlüsse das Wirksamste wäre. . . .

## Was ist mit Pacelli?

Der Verantwortliche für das Konkordat

Rom, 27. Juli.

Kardinal Pacelli, der Staatssekretär des Heiligen Stuhls, soll als Legat des Papstes an dem internationalen Eucharistischen Kongress in Buenos Aires teilnehmen. Das bedeutet unter Einbeziehung der Dän- und Mexiko nach Amerika eine mehrmonatliche Abwesenheit des Monsignore. Diese dürfte sich nur schwer mit seinen diplomatischen Funktionen vereinbaren lassen. Daher woken auch die Gerüchte nicht zu verkommen, die von einer zu erwartenden Demission des Staatssekretärs sprechen, deren wirkliche Gründe in einer großen physischen und seelischen Ermüdung des Kardinals ihre Ursache haben sollen. Als sein Nachfolger wird Monsignore Marchetti-Selvaggioli bezeichnet, der bereits Beweise seiner Geeignetheit gegeben habe. Einmalig behauptet allerdings, daß Pacelli nicht sofort ersetzt werde, daß vielmehr ein Unterstaatssekretär — man spricht in diesem Zusammenhang von Monsignore Pizzardo, einem der besten Mitarbeiter des Kardinals — mit der Führung der Geschäfte beauftragt werden würde, und daß erst im November ausführlich das Konfessorium der Papst einen neuen Staatssekretär wählen werde.

## Das Neueste

Ungefähr 10 000 Ausländer werden in Istanbul vertrieben, da ein neues türkisches Gesetz den Ausländern ausdrücklich verbietet, sich irgendwie im Handel zu betätigen oder eine Beschäftigung als welcher Art anzunehmen oder einen freien Beruf auszuüben. Realistische Tätigkeit wird ausschließlich den Türken vorbehalten.

Der Präsident der Republik empfing am Freitag Außenminister Barthou zur Verabschiedung.

Außenminister Barthou hatte am Freitag eine längere Unterredung mit dem französischen Botschafter in Rom, de Chambrun.

Die Reichspressstelle der NSDAP. gibt bekannt, daß zur weiteren Vereinfachung von Partei und Staat der Stellvertreter des Führers das Recht erhalten hat, an der Bearbeitung von Gesetzen mitwirken sämtlicher Reichsressorts teilzunehmen.

## 12 Flugzeugtote

Stuttgart, 28. Juli. Das Schweizerische Verkehrsflugzeug Curtiss-Condor III am Freitag gegen 10 Uhr in der Nähe der Gemarkungsgrenze Wurmigen-Weilheim im Oberamt Tuttlingen aus bisher noch nicht erklärten Gründen abgestürzt. Beim Aufschlagen auf den Boden geriet die Maschine in Brand.

## SA.-Mann Kruse und der Reichstagsbrand

Eine Sonder-Ausgabe der „Deutschen Freiheit“

Nach immer laufen täglich Hunderte Nachbestellungen auf die Nummer der „Deutschen Freiheit“ ein, die den Brief des SA.-Mannes Kruse aus dem Stabe Mähms enthält, der enthüllt, wie das deutsche Reichstagsgebäude in Brand gesetzt worden ist.

Da die betreffende Ausgabe längst anverkauft ist, haben wir eine Sonder-Ausgabe herausgegeben, die nicht nur den Brief Kruses, sondern auch sonstiges wertvolles Material enthält.

Verlangen Sie die Sonder-Nummer bei Ihrem Zeitungshändler!

## Zwanzig Jahre Krieg

Fortsetzung von Seite 1.

18. Jahrhunderts war, wird in mehr als einem Staat wieder angewendet. Im Herzen Europas werden mitten im Frieden Menschen ohne Verhandlung, ohne Verteidigung und ohne Urteil hingerichtet. Politische Morde, politische Attentate auf Eisenbahnen und Brücken sind an der Tagesordnung.

So stinkt Europa immer tiefer in Barbarei. So verfallt der kostbarste Schatz europäischer Kultur.

Viele Mittel sind versucht worden, um Europa aus dieser Schande und Katastrophe zu retten: Konferenzen über Konferenzen, Pakte über Pakte, Revolutionen und Verfassungsveränderungen. Aber all diese Methoden konnten den europäischen Völkern nichts helfen.

Den Kern des europäischen Übels liegt in der Tatsache, daß die europäische Staatenorganisation überaltert ist. Daß Europa endlich den entscheidenden Schritt wagen muß, der aus dem Chaos von heute in die Organisation von morgen führt.

Zeit mehr als zehn Jahren kämpft die Panuropa-Bewegung für dieses große Ziel. Zeit mehr als zehn Jahren warnen sie die Regierungen und die Völker vor den Folgen der europäischen Zerstückelung.

Ihre härtesten Forderungen haben sich erfüllt: heute ist Europa mitten in der Wirtschaftskrise und am Rand eines neuen Weltkrieges.

## Die Pest in Europa

Die Meinung eines Genfer Blattes

Genf, den 27. Juli.

Das „Journal des Nations“ schreibt:

Dollfuß ist tot. Wird Oesterreich leben? Der Monat Juli ist der tragische Monat für Wien. Vor 30 Jahren haben jene, die dem pansermanistischen Wahnsinn dienten und förderten, Tag für Tag gebrüllt, Feuer ans Pulverfaß! und schließlich das Ultimatum lanciert, daß das große Völkermorden zur Folge hätte. Weiters hat man in demselben Wien mit demselben Heil gemordet. Drang nach Osten. . . .

Schon schwirren um Mitteleuropa die Gerüchte über eine italienische und tschechoslowakische Mobilisation.

20 Jahre haben genügt, um alles verfaßten zu lassen. Niemand ist der Sturz einer Autorität verhängnisvoller gewesen, denn jetzt. Und alles geschieht, obwohl der Völkerbund existiert. Monat für Monat tragen sich die Feinde, die den Frieden verteidigen, weil sie den Krieg und seine seelischen und körperlichen Folgen kennen, was die Mitglieder des Völkerbundes wohl tun könnten. Monat für Monat hat man sich mit den Forderungen der Freiheit und des Friedens auseinandergesetzt in der Hoffnung, daß Mitglieder des Völkerbundes sich ihrer Verpflichtung bewußt werden. Verpflichtungen, der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Immer wieder haben sich die Idealisten, die vielleicht zu wenig Wirklichkeitspolitiker sind, unmittelbar mit wachsender Stimme an den Völkerbund gewandt. Sie haben auf die Gestalt in Oesterreich und die damit verbundene Gefährdung des Weltfriedens hingewiesen.

Auch an dieser Stelle haben wir immer wieder die Notwendigkeit einer Intervention des Völkerbundes in einer der kritischsten Situationen, die die Welt des Nationalsozialismus in Mitteleuropa geschaffen hat, betont. Das nicht ein so klarschauender Mann wie W. Beneš, noch am 11. März 1934 erklärt, daß man nach Prüfung aller Möglichkeiten immer wieder zu der einen Forderung komme: Absolute Unabhängigkeit und Integrität Oesterreichs, garantiert durch die

Dies empfinden die Führer und die Völker. Während noch vor wenig Jahren kein Staatsmann es der öffentlichen Meinung seines Landes gegenüber hätte wagen können, für Panuropa einzutreten, bekennen sich heute die meisten europäischen Politiker zu diesem Gedanken.

Und sie könnten in allen Staaten des Jabels ihrer Nation sicher sein, wenn sie tatkräftig mitarbeiten am Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa.

Die Zeit drängt. Das kommende Jahrzehnt ist entscheidend. Wir gehen entweder mit raschen Schritten einem europäischen Krieg entgegen oder einem europäischen Staatenbund. Es ist unmöglich, daß auf dem engen Boden Europas weiter zwei Dutzend souveräner Staaten ohne gemeinsame Organisation sich damit beschäftigen, gegeneinander zu intrigieren und einander Schwierigkeiten zu bereiten; gegen einander zu rufen und einander wirtschaftlich zu schädigen.

All das muß ein rasches Ende finden. Die Völker Europas haben genug gelitten. Die europäische Wirtschaft hat genug verloren. Das europäische Ansehen ist tief genug gesunken. Es ist Zeit, aus den Leiden und aus den Erfahrungen zu lernen und sie in Taten umzusetzen.

Es ist Zeit, daß alle europäischen Nationen und Personen, die guten Willens sind, sich zusammenschließen, um ein Bollwerk zu schaffen gegen alle Friedensstörer und Intriganten. Der zwanzigste Jahrestag des Kriegsausbruches soll alle wecken, die den Ruf der neuen Zeit noch nicht gehört haben: den Ruf nach einem einigen Europa freier und gleichberechtigter Nationen!

europäischen Mächte, auf der Grundlage des Protokolls vom 1922, garantiert durch den Völkerbund?

Nichts geschah. Die Großmächte, die wahrhaft Verantwortlichen, blickten nach Italien und Dollfuß schlug in den traurigen Februartagen jene nieder, die in erster Linie für die Unabhängigkeit Oesterreichs kritisierten, indem sie den Nationalsozialismus bekämpften. Der autoritäre Staat stand unter römischer Protektion, den Völkerbund überlagte man und es kam zu der Bezeichnung Hitler-Mußolini, die Oesterreich den inneren Frieden wiedergeben sollte und bei der zum ersten Male der Name Hintelen als Nachfolger von Dollfuß genannt wurde. Man handelte, als ob der Völkerbund gar nicht existierte.

Als Hitler die Macht in Deutschland übernahm, glaubte man in Europa, daß die Anschlussfrage erledigt sei. Die Mehrheit der Christlich-Sozialen und der Sozialisten Oesterreichs, die für den Anschluss war, verzichtete sofort auf diesen Anschluss, um den Nationalsozialismus besser bekämpfen zu können. Auf den Einfluß von Rom hin wurden dann die Christlich-Sozialen faschisiert und man schick aus der politischen Karte Oesterreichs die Sozialisten. Mit diesem Streich wurde der Kampf den Nationalsozialisten erleichtert.

Dort, wo man die Freiheit unterdrückt, werden die Wesen der Revolution gefährlich. In dem Moment hätte eine Intervention des Völkerbundes zur Wiederherstellung der Freiheit des Gleichgewichtes wieder herbeiführen können.

It es heute zu spät? Zur friedlichen Lösung durch den Völkerbund ist es nicht zu spät. Aber es bedarf der Intervention, gehandelt muß werden.

Es weiterleuchtet in Mitteleuropa. Der 30. Juni, der 25. Juli: Stille Daten in der Geschichte des traurigen Jahres 1934. Resultate des Systems „Ordnung und Autorität“.

Die Mitglieder des Völkerbundes müssen intervenieren. Sie dürfen sich durch nichts ablenken lassen. Es gilt zu kämpfen für die Menschlichkeit!

## Das Werk der Mordstandarte

Auch ein Attentat auf Starhemberg geplant

Wien, 28. Juli. Die Geheimnisse um den Mordputz liegen sich. Es ist jetzt festgestellt worden, daß die Einbringung zu einer besonderen SA.-Mordstandarte gehörten, die sich überwiegend aus ehemaligen, wegen nationalsozialistischer Betätigung entlassenen Wehrmännern zusammensetzte. Circa 100 entlassene Wehrmänner waren an der Aktion beteiligt. Der Rest bestand aus nationalsozialistischen Zivilpersonen. Die tatsächliche Durchführung der Aktion hatte der ehemalige Wachmeister Holzweber, der als Hauptmann austrat, inne. Der Plan des Putzverlaufs liegt, wie jetzt einwörtlich feststeht, weit zurück. Die Ausgabe der letzten Vorschriften erfolgte am letzten Montag. Die Verschwörer wurden durch ein verarbeitetes Signal alarmiert. In den Briefkästen ihrer Wohnungen fanden sie Briefe mit dem Befehl, sich gegen Mittag in der Turnhalle des deutschen Turnvereins im Gebäude der Stiftskaserne zu sammeln.

Im Vorfeld behaupteten die Verschwörer, ihre Führer hätten ihnen gesagt, es handle sich um eine legale Aktion gegen die Regierung. . . . Die Vorschriften entwarf in dem Bundeskanzleramt diensttuende Polizeikommissar im Namen des Polizeipräsidenten Steinhilber (der tatsächlich nicht Polizeipräsident ist) und des Generaldirektors Dr. Gohmann. Gehen beide lauten amtliche Verfahren.

Neberestimmend wird berichtet, daß die Regierung durchaus mit neuen Aktionen rechnet. Bestimmte Einhaltspunkte deuten auf den Plan eines Attentats auf Starhemberg hin. Die Verschwörer haben sich in Heimwehruniform gekleidet, um Verwirrung zu stiften. Daraufhin wurde der niederösterreichische Bauernbund, der der Heimwehr angehört, aber wesentlich andere Uniformen trägt, nach Wien dirigiert, um den Schutz der Stadt mit zu übernehmen. Man bezweifel, ob der vorläufige Kanzler Dr. Schulzinger der kommende Mann sein wird. Dr. Schulzinger, der nicht allein durch seine einseitige Fahrt nach München vor Monaten, sondern auch durch gewisse Verbindungen mit dem deutschen Vizekanzler v. Papen sein Ansehen gemindert hatte, verlor, so berichtet der Korrespondent der „Nationalzeitung“, in den letzten Monaten sehr an Einfluss. Verzeichnend dafür war die Abgabe des Justizministerpostens bei der letzten Umbildung des Kabinetts Dollfuß.

Bezeichnend für die weitgehenden politischen Absichten des Bundespräsidenten ist auch die Vernichtung des christlich-sozialen Führers Runkel nach Wien.

## Schweizer Protest in Berlin

Der Sprengstoffschmuggel von Deutschland

Berlin, 28. Juli. Hier ist die angekündigte Protestnote des Schweizerischen Bundesrats eingetroffen, die den im Kanton St. Gallen entdeckten Sprengstoff- und Waffenschmuggel zum Gegenstand hat und bei den deutschen Behörden Protest einlegt.

Vorläufig befinden sich vier Personen in Haft, darunter ein in der Schweiz wohnender, aus dem Vorarlberger Ortsteil Garagitz, der den Transport der Sprengstoffe vom Staat nach Au im Rheintal besorgen sollte. Das Motorboot „Sedone“, das der St. Galler Polizei in die Hände gefallen ist, enthält neben den Bomben und Pistolen auch ein größeres Quantum Leitungen, nämlich Nummern des Blattes „Der Neue Adler“, das in München gedruckt wird und als Kampfblatt der NSDAP für Tirol und Vorarlberg bezeichnet ist; schon zweimal sind Schmuggelungen dieses Blattes bekannt geworden. Das Motorboot „Sedone“ ist auf dem Namen des Sturmabteilführers Rödel in Vindau eingetragener.

In dieser Nummer des „Neuen Adlers“, des nationalsozialistischen Kampfblatte für Tirol und Vorarlberg, die zwei Tage vor dem Dollfußmord erschien, fanden folgende Sätze: „Die Geschichte wird Herrn Dollfuß und die ganze Sippschaft der nunmehr durch Regierungsverordnung ihrer Straftaten entledigten und zu Ehrenmännern umfrieselten Gauner und Lumpen verurteilen, so wie es heute die übermächtige Mehrheit des Volkes tut. Mit Kienkräusen und demütigen Bitten werden Dollfuß und Genossen nicht abgewandelt werden. Derer, die uns die Knie zudrücken, können wir uns nur dadurch erwehren, daß wir ihnen die Faust an das Sinn schmettern. Wir fürchten kein irdisches und kein göttliches Gericht und brauchen es nicht zu fürchten, denn wir sind ja im Recht. Und weil man uns das Recht vorenthält, weil man uns ärger und schmähscher behandelt als Regersklaven und Kettenhunde, darum wehren wir uns, und jedes Mittel, das uns Wehr sein kann, wird uns auch recht und billig sein. Wenn ein Mensch überfallen und an seinem Leben bedroht wird, so wehrt er sich. Die Regierung und ihr kleiner Krieger in Oesterreich verweigern das Volk und bedrohen es an Leib und Leben. Und darum dürfen sich diese Menschen nicht wundern, wenn ihnen gleiches mit gleichem vergolten wird. Wer schuldig ist, wird auch gerichtet werden.“

# Mordhetze gegen Machts

## Er darf nicht leben bleiben

Saarbrücken, 28. Juli. Kaum sind einige heuchlerische Phrasen der gleichgeschalteten Presse über das Attentat gegen den Polizeikommissar Machts gedruckt, so beginnt die Hetze gegen den Mann von neuem. Es wird behauptet, der Attentäter habe nur mit Platzpatronen geschossen. Von da bis zu der Behauptung, daß Machts die Notwehr überschritten habe, ist nur ein Schritt.

Die „Saarbrücker Zeitung“ versucht die Ankündigung der Regierungskommission, daß sie in Zukunft Hege gegen ihre Beamten mit den schärfsten Mitteln ahnden werde durch folgende Sätze zu umgehen:

Am 17. Mai d. J. schrieb die „Saarbrücker Zeitung“ zu Vorwürfen gegen Kommissar Machts in einer Deutlichkeit der „deutschen Front“: „Wir halten die in der Deutlichkeit erhobenen Vorwürfe aufrecht. Und wir hoffen sehr, daß Herr Machts nun einsehen wird, was allein übrig bleibt: Herr Machts soll klagen. Er muß klagen, wir erwarten seine Klage. Dann wollen wir weiter leben.“ Herr Machts hat bis heute nicht geklagt.

Das Blatt weiß sehr genau, warum Machts nicht klagen kann, denn im Saargebiet regiert zwar der Völkerbund, aber in den Gerichten herrscht die Hitlerjustiz.

Niemand kann dem Polizeikommissar zumuten, seine Ehre von Hitlerrichtern beurteilen zu lassen. Dies um so weniger, als die Hege gegen Machts beabsichtigen, Zeugen aus dem Reich aufmarschieren zu lassen, die drüber für jeden Meinetz als nationale Helden gefeiert werden würden. Was kommt es Leuten auf ein paar Meinetz an, die als Gangster den Mord durch Deutschland und durch Österreich rajen lassen.

Während man in Saarbrücken unter den Augen der gewiß geduldeten Regierungskommission die Mordhetze gegen Machts nur vorsichtig weiter treiben kann, hat die nationalsozialistische Presse im Reich, die von saarländischen Korrespondenten bedient wird, keinerlei Rücksichten zu nehmen.

So verleumdet die „Frankfurter Tageszeitung“ vom 26. Juli munter drauf los:

Aber selbst die aufstrebenden Hausnachrichten durch den kriminellen Spigel und Emigranten, den deutschen Fahnenflüchtigen und Schlappmacher des Weltkrieges, Machts, hat zu nichts geführt; es sei denn, daß das daraufhin erfolgte Verbot der deutschen Zeitungen als ein „Erfolg“ der Emigrantenpartei gewertet werde, obgleich stimmungsmäßig das Gegenteil der Fall ist. Dienstag früh nun ist ein „Attentat“ auf Machts verübt worden, das zwar zu keinerlei Folgen führte, das aber wohl einige interessante Hinweise gestattet. Entweder gedenkt man nun mit fingierten Unruhen zu arbeiten oder treiben wirklich einige disziplinlose Elemente — mögen sie gekauft sein oder nicht — die Dinge auf die Spigel Ueber die Einzelheiten des Zwischenfalls war noch nichts zu erfahren.

Jedenfalls war der Marktplatz in Saarbrücken, wo die Zäune auf Machts stelen, in auffälliger Eile mit Emigranten und Kommunisten besetzt, gerade, als ob diese darauf gewartet hätten. Ein Kriegsinvalide, der an dem Attentat beteiligt gewesen sein soll, wurde verletzt und verhaftet, ein anderer konnte unerkannt entkommen. Ob man nun einen Grund gefunden haben sollte? Man darf gespannt darauf sein, welche Hintergründe dieser Zwischenfall gehabt hat.

So werden durch vermehrte Hege neue Erzeffe vorbereitet, an denen man dann selbstverständlich unschuldig ist.

# Nazi-Saarlid

(Melodie: „Dorf-Wesell-Vied“.)

„Zum letztenmal wird zum Appell befohlen!  
Zum Morden stehn wir alle schon bereit!  
Bald plündern Hitlerjugend uns auch eure Kassen,  
Die Freiheit dauert nur noch kurze Zeit!  
Und haben wir euch endlich einmal wieder,  
Dann haun wir euch alles kurz und klein!  
Ins Konzentrationslager, ihr lieben Brüder  
Da sperren wir euch tausendweise ein!  
Die Köpfe ab den roten Kommunisten!  
Die Judenschweine haun wir zu Brei!  
An die Laternen mit den Sozialisten!  
Hurra! Die Saar steht uns zum Morden frei!  
Aus Hakenkreuz dann mit euch Katholiken!  
Die Protestanten unter's Hakenkreuz!  
Den Gottesglauben werden wir ersticken!  
Es lebe unser Gott „Heil Hitler, Heil!“  
(Aus „Der Franco-Tireur“.)

sehr wünschenswert, durch eine bedingungslose Rückkehr zum Reich ihr eigenes Todesurteil zu unterschreiben.

Die Saarkatholiken, die eben hitlerfeindlich seien, würden ihre Propaganda verstärken. Sie hätten sogar die Absicht, um in direkter Verbindung mit dem heiligen Stuhle zu stehen, eine eigene Vertretung des Papsttums in Saarbrücken zu beantragen, damit sie als Mittler zwischen sich und dem Papst in Zukunft nicht mehr hitlerdeutsche Geislige nötig hätten.

# Deutschland und die Schweiz

## Abschluß eines Verrechnungsabkommens

Das am 26. Juli 1934 unterzeichnete deutsch-schweizerische Verrechnungsabkommen sieht vor, daß künftig alle Zahlungen aus dem Warenverkehr, dem Reiseverkehr und dem Kapitalverkehr durch Einzahlungen auf die beiden Notenbanken erfolgen sollen. Nur für den kleinen Grenzverkehr und gewisse andere Zahlungen sind Ausnahmen vorgesehen. Die jeweils bei den Notenbanken zugunsten der anderen Bank entstehenden Guthaben werden ausgeglichen mit der Maßgabe, daß das voraussichtlich zugunsten Deutschlands vorhandene Guthaben zur Abdeckung des gegenseitigen Warenverkehrs, des Reiseverkehrs und gewisser Zinsverpflichtungen dient. Von dem verbleibenden Saldo wird ein bestimmter Betrag der Reichsbank zur Verfügung gestellt. Die weiter vorhandenen Beträge dienen in bestimmter Höhe zur Speisung eines Amortisationsfonds und zur Bezahlung schweizerischer Transitwaren. Der dann noch verbleibende Ueberfluß steht ebenfalls zur Verfügung der Reichsbank. Das Abkommen tritt am 1. August 1934 in Kraft und gilt bis zum 30. Juni 1939, wobei allerdings, wenn das Abkommen den beiderseits gehegten Erwartungen nicht entsprechen sollte, neue Verhandlungen mit der Möglichkeit einer besonderen Kündigungsfrist vorgesehen sind. Mit dem Abkommen sind verbunden Vereinbarungen über die Verrechnung im Warenverkehr, über die Verrechnung im Reiseverkehr und Vereinbarungen über die Durchführung des deutschen Transfermoratoriums, endlich Vereinbarungen über den schweizerisch-deutschen Versicherungsverkehr und Vereinbarungen über den Verkehr zwischen der Reichsbank und der Schweizerischen Nationalbank. In dem Warenzahlungsabkommen ist im wesentlichen geregelt, daß in erster Linie Zahlungen entgegengenommen werden für Waren schweizerischer Erzeugung bzw. für Waren, die in der Schweiz eine wesentliche Bearbeitung erfahren haben. Für Waren nicht-schweizerischer Erzeugung sind gewisse Beschränkungen vorzusehen. Das Reiseabkommen ist lediglich dem jetzigen Stand der Dinge angepaßt worden. Das Transferabkommen sieht vor, daß künftig Zinsen nur noch in Höhe von 4 1/2 Prozent transferiert werden sollen. Der überschüssige Betrag der Zinsverpflichtungen wird unter gewissen Voraussetzungen auf ein besonderes Amortisationskonto in der Schweiz übertragen und soll dazu dienen, die deutschen Fälligkeiten allmählich abzutragen.

# Alles erörtert Saar-Probleme

## Die Saarländischen Juden für den Status quo

Strasburg, 28. Juli 1934.

Die in Strasburg erscheinende „Tribune Juive“ beschäftigt sich in einem Artikel „Die deutsche Front“ mit der Frage, in welchem Ausmaß die Stimmung der saarländischen Juden durch die blutigen Ereignisse des 30. Juni beeinflusst wurde. Das Blatt erwähnt dabei, daß eine ganze Anzahl deutscher Juden unter den Opfern des 30. Juni zu beklagen sei, Persönlichkeiten, die auch im Saargebiet Freunde und Bekannte gehabt hätten, so daß auch hier Trauer eingelebt sei.

Darüber hinaus habe ein besonderer Passus der Rede des Reichsanzalters vom 18. Juli die saarländischen Juden nachdenklich gestimmt. Denn die deutschen Juden würden darin zu einer der Verschwörergruppen gerechnet. In seiner Einleitung habe Hitler gesagt, daß „gerade der deutsche Arbeiter“ diese jüdisch-internationalen Menschheitsbeglader erkannt und innerlich überwunden habe. In diesem Zusammenhang sei die „Schicht der internationalen Volkzerseher, die Apostel des weltanschaulichen politischen und wirtschaftlichen Kommunismus, die planmäßig die Völker zerlegen und sich bemähen, das Chaos herbeizuführen“, gebrandmarkt worden.

Die Gerechtigkeit habe die saarländischen Juden davor bewahrt, Äußerungen der Billigung und Zustimmung zu den verschiedenen Maßnahmen oder moralische Werturteile über die einzelnen Persönlichkeiten in Deutschland auszusprechen. Es heißt dann wörtlich: „Im Saargebiet hatten viele, an sich wohlmeinende Menschen, die Schilderungen über das den Juden widerfahrene Unrecht für sich betrieblen, wenn nicht für unwahr angesehen. Jetzt, wo der Bligtrahl ins eigene Lager gefahren ist, ist der Glaube an die Unrichtigkeit mancher Gremelmärkchens in weiten Kreisen der nichtjüdischen Bevölkerung erschüttert. Die letzten Ereignisse in Deutschland haben wieder offenbart, daß die Lage der Juden in Deutschland laßig und ungeachtet bleibt, und das ist ein ungünstiges Vorzeichen für ihre eigene Lage im Saargebiet. Darum stehen sie mit Recht die Folgerung: wie auch immer die Verhältnisse im „dritten Reich“ sich entwickeln werden — die saarländischen Juden werden niemals

auf ihr Lebensrecht in der Heimat und auf ihren Anspruch als Vollbürger verzichten.“

Am Schluß heißt es dann: „Unser jüdisches Recht ist gesichert im Lande des Friedens, als in dem Lande, wo nur die bloße Macht regiert. Alles, was dieser dient, ist vergänglich, und alle nur Gewalt ist dazu da, um früher oder später zusammenzubrochen... Die jüdische Saargemeinschaft legt an die deutschen Ereignisse in lecher und disziplinierter Haltung die Maßstäbe der Wahrheit, der Gerechtigkeit und des Friedens an: als eine Pflicht und als eine Hoffnung.“

Wir begründen die Auffassung, die aus diesen Ausführungen spricht, und deren kurzer Sinn der ist, daß kein saarländischer Jude für die Rückgliederung des Saargebietes an Hitler-Deutschland stimmen kann, in dem die jüdische Ideale Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden seine Stätte haben. Wir würden uns noch mehr über diese Ausführungen der „Tribune Juive“ freuen, wenn sie weniger verflankuliert und offener und deutlicher wären. Der ganze Wut, mit dem der eigentliche Grundgedanke des Artikels umgeben ist, erinnert uns bedauerlicherweise zu sehr an taktische Methoden, wie sie von dem berüchtigten Führer des Reichsbundes jüdischer Frontkämpfer, dem Hitlerjuden Hauptmann der Reserve a. D. Dr. Leo Löwenstein beliebt werden.

# Saar-Katholiken

Paris, 28. Juli 1934.

Von unserem Korrespondenten.

„Intransigant“ äußert sich in einem „Die Katholiken für den Status quo an der Saar“ überschriebenen Artikel zur Rede, die der Führer der Deutschen Front Piro fürzlich in Kaiserlautern gehalten hat. Das Blatt meint, Piro's Klagen über die hitlerfeindliche Haltung der katholischen Bevölkerung an der Saar seien allerdings berechtigt. Die Saarkatholiken hätten allein Anlaß zu dem Glauben, daß die Saarfrage nicht eine Nationalitäten-, wohl aber eine religiöse Frage sei. Sie halten es deshalb für nicht

# Unsere Töchter, die Nazinen

Roman von Hermantia zur Mühlen. 35

Ich weiß nicht, seitdem alles so herrlich gekommen ist, erscheint mir die Stadt gar nicht mehr so klein. Und auch der See gefällt mir jetzt, da Eberhard uns mit seinem Motorboot darauf herumfährt. Mein schönes Vaterland, du bist das einzige Land, wo das wahre Verdienst belohnt wird, und wo, wie es so schön in der Bibel heißt: „Er köhet die Gewaltigen vom Stuhl und erhebet die Elenden.“ Mein Gott, wie danke ich dir für deine Gnade, dir und deinem unserwählten Werkzeuge, unserem Führer Adolf Hitler, dem deutschen aller Deutschen. Amen.

## Gräfin Agnes schreibt in ihr Tagebuch

Die Menschen behaupten, es sei Frühling geworden. Tatsächlich blühen an den geschützten Stellen im Garten bereits die Bäume und Sträucher, aber mir scheint es, als hätten die Blüten ihren Duft verloren, als würde die Massonne von einem schwarzen Schleier verhüllt und mein geliebter See läge tot und grau zwischen den fruchtbaren Ufern, auf denen sich Tag um Tag so entsetzliche Dinge ereignen.

Das Dritte Reich, aber das wir stets halb mit Verachtung, halb mit lächelndem Spott gesprochen haben, ist ausgebrochen: ein Reich des Bösen und der Finsternis, ein Reich, das nur ein Dante zu schildern vermöchte: meine schwache Feder ist dazu nicht imstande. Und es ginge auch sonst über meine Kraft: sehe ich doch hinter jedem Wort das schauerliche Bild der gefolterten Menschen, der zerstörten Existenzen, der unbarmherzigen Robeit und Gemeinheit unserer neuen Herren. Es ist ja selbst, wie wir allen Versurmasregeln zum Trotz dennoch so viel erfahren. Unter dem Veichentuch der Angst hervor, das schwer auf uns allen liegt, flattern dennoch Worte auf, dringen in die Häuser, in die Seelen, erschüttern sie zutiefst und erwecken ein heiliges Feuer des Bornes, das nicht erlöschen darf, bis zu jenem Tage, da dieses unheilige Land von allem Uebel befreit sein wird. Fröh neckte mich neulich, als ich das aussprach:

„Sie sind ja ganz politisch geworden, Gräfin Agnes.“

Aber was hat Politik mit Menschlichkeit, mit Gerechtigkeit und Liebe zu schaffen? Ich bin nur ein Mensch, eine alte Frau, die vielleicht ein Leben hindurch gekündigt hat, indem sie sich von allem zurückzog. Nun aber möchte ich, trotz meiner siebzehn Jahre, alles wieder aufmachen, was ich geküht, möchte helfen, retten und möchte auch noch den Sturz der jetzigen Machthaber erleben.

Es war für mich ein beglückendes Gefühl, als mein kleines Motorboot an der Schweizer Grenze anlegte und ich unseren braven Bürgermeister in Sicherheit wußte. Ich zitterte ja innerlich vor Angst, als Hellsdorf mit seinen Bravos zu mir kam. Würden sie das kleine fensterlose Kämmerchen finden, vor dem der große alte Rabagonischrank stand? Wühte Claudia, daß ich den Bürgermeister verkehrt hatte? Und wenn sie es wußte, was würde sie tun? Ich konnte mir ja nicht vorstellen, daß meine Tochter einen hilflosen alten Mann veraten könnte, aber wenn sie es dennoch getan hätte... Ich weiß auch nicht, ob sie die kleine Komödie durchschaut, die ich ihr seit Wochen vorspielt: die kranke alte, zu Tode geängstigte Frau, die um ihr Leben bangt. Es fällt mir nicht leicht, mich in diese Rolle zu finden, fühle ich mich doch stark und mutig wie eine junge Frau. Aber ich muß es tun, wenn mein Haus auch künftighin ein Zufluchtsort für Verfolgte sein soll. Auch dem guten Fröh gegenüber habe ich diese Rolle gespielt, habe ihm erklärt, ich fürchte mich so, er müsse mit seiner Frau und dem Kind zu mir ziehen. So weiß ich, wenn ich abends das Gartentor verperrte, wenigstens, daß Fröh in Sicherheit ist und nicht irgendwo tot auf der Straße liegt. Ich glaube, er hat ja meine Komödie durchschaut; ich fühle mich geehrt über das Vertrauen, das er mir besetzt, weiß Gott, ich habe es nicht durch mein egoistisches Leben verdient. In all der Trauer und dem Entsetzen mußte ich neulich trotzdem herzlich lachen. Meine gute Kati besuchte mich. Wir sprachen über dieses und jenes, und plötzlich sah ich auf ihrem Gesicht einen halb erkannten, halb empfunden Ausdruck. Ihr Blick war auf einen alten Bestuhl gefallen, den ich von meiner Großmutter geerbt hatte, einen Bestuhl mit einem tiefen Hoch für fromme Bücher. Ich hatte den Bestuhl, der lange auf dem Boden gestanden, ins Wohnzimmer bringen und unter einem Nadelnbaum aufstellen lassen, vor dem ein Delfinsbild brennt. Kati fragte mit gerunzelten Brauen:

„Seit wann sind Sie bigot geworden, Gräfin Agnes? Das Beten wird uns nicht nützen.“

Ich lachte und sie blickte mich vorwurfsvoll an.

Nachdem ich mich eine Weile über ihren Aergers gestreut hatte, stand ich auf, verschloß leise die Wohnzimmertür und führte Kati zu dem Bestuhl, dessen Hoch ich aufschlug. Unter den frommen Büchern verborgen, lagen vier Revolver. Fröh hatte sie mir zum Aufbewahren gebracht. Kati starrte mich an wie nicht geküht, dann lachte auch sie, aber aus irgenbeinem Grund füllten sich ihre guten Augen mit Tränen, und dann fiel sie mir um den Hals und küste mich ab.

„Das geht nicht, Gräfin Agnes“, sagte sie mit nicht ganz lecher Stimme. „Wenn man die Waffen bei Ihnen findet...“

Ich zuckte die Achseln.

Dort wird man sie nicht suchen. Und wenn... Es ist doch besser, eine alte Frau kommt ins Gefängnis oder wird erschlagen, als ein junger Mensch. Und wer sollte mich veraten? Auf das Mädchen kann ich mich verlassen.“

Kati schluckte ein paar mal heftig, und ich wußte: jetzt denkt sie, ja, auf das Mädchen kann sich die alte Frau verlassen, aber wie steht es um meine Tochter Claudia? Ich sprach wieder mit ihr und nahm auch die Mahlzeiten zusammen mit ihr ein. Aber was sagten wir uns schon? Wir redeten über das Wetter, über gleichgültige häusliche Angelegenheiten. Sie sah sehr schlecht aus, blah, mit schwarzen Ringen unter den Augen, als ob sie nichts nicht schlafen könne. Sie sah fast nichts und wurde schrecklich mager. Manchmal, wenn sie sich unbedacht glaubte, blickte sie so verzweifelt drein, daß ich an mich halten mußte, um nicht zu fragen:

„Was ist dir, Claudia? Sprich dich doch aus.“

Sie war auch sehr nervös; ihre Hände zitterten, und sie rauchte eine Zigarette nach der andern. Einmal ging ich zu ihr Zimmer, ich glaubte, sie sei ausgegangen, und öffnete ohne zu klopfen die Tür. Da lag sie auf der Chaiselongue und weinte, weinte, wie ich sie nie weinen gesehen hatte. Am 1. Mai ging sie zum Fecht der Arbeit, zusammen mit Toni. Und wir zwei Alten, Kati und ich, saßen zusammen im Hause. Kati war schrecklich aufgeregt.

(Fortsetzung folgt.)

# Wachsende Spannung

Von Dr. Richard Kern

Die wirtschaftlichen Spannungen in Deutschland erfahren eine rasch fortschreitende Verschärfung. Die Zwangsbe-  
wirtschaftung wird auf immer weitere Gebiete ausge-  
dehnt, die Devisenknappheit wird immer bedroh-  
licher, die Stockungen im Außenhandel nehmen  
zu und der drohende Rohstoffmangel zwingt be-  
reits zur Drosselung der Produktion. Mit der  
künstlich geschaffenen Binnenkonjunktur in einzelnen Wirt-  
schaftszweigen geht es zu Ende.

## Drohender Mangel

Eine neue Verschärfung droht von der Landwirt-  
schaft her. Die erste amtliche Schätzung der deutschen  
Getreideernte für 1934, die auf den Schätzungen der amtlichen  
Saatenstandsberichte von Anfang Juli beruht, läßt  
eine Ernte von Brotgetreide, d. h. von Roggen,  
Weizen und Spelz von insgesamt 11,37 Millionen Tonnen er-  
warten. Dieses Ergebnis bleibt hinter dem Erntergebnis  
des Jahres 1933 von 14,49 Millionen Tonnen um nicht  
weniger als rund 22 Prozent zurück. Dabei hat die Reichs-  
kreditgesellschaft erst vor wenigen Tagen errechnet, daß die  
vorhandenen Getreidevorräte nur ausreichen würden, um  
einen Minderertrag bis zu 15 Prozent auszu-  
gleichen. Nach den letzten vorliegenden Verbrauchsbere-  
chnungen stellte sich der Verbrauch an Brotgetreide im Jahre  
1931/32 auf 11,05 Millionen Tonnen, jedoch dürfte er seither  
nicht unerheblich gestiegen sein.

Noch bedenklicher ist das zu erwartende Resultat bei den  
Futtermitteln. Bei Gerste wird der Ertrag auf 2,91  
Millionen Tonnen gegenüber 3,47 geschätzt. Ungünstig wird  
die Haferernte beurteilt, deren Ertrag mit rund 5 Millionen  
Tonnen angenommen wird. Dabei sind diese Schätzungen  
wahrscheinlich noch günstiger als es der Wirklichkeit ent-  
spricht.

*Die Sorge um die Sicherstellung der Ernährung — in  
einer Zeit allgemeiner agrarischer Ueberproduktion! — für  
Mensch und Vieh hat zu einer Verschärfung der Zwangs-  
wirtschaft geführt.*

Der Verkehr wird jetzt vom landwirtschaftlichen Betrieb  
bis zum Verbraucher geregelt. Waren bereits im Vorjahre  
Mindestpreise für Roggen und Weizen festgesetzt, so werden  
jetzt Festpreise sowohl für Brotgetreide als für Hafer  
und Gerste eingeführt, die nicht unter- oder überschritten  
werden dürfen. Zugleich wird ein Ablieferungs-  
zwang für Getreide eingeführt. Die Betriebe über  
fünf Hektar müssen in der Zeit vom 16. Juli bis 31. Oktober  
mindestens 30 Prozent Roggen und 25 Prozent Weizen der  
Menge liefern, die die Erzeuger aus der Vorjahrsernte ge-  
liefert haben. Die Getreidepreise werden er-  
höht für Roggen im Durchschnitt um 6, für Weizen um  
10 RM. für die Tonne. Die Ausmahlung für Roggen-  
mehl wird von 69 auf 75 Prozent gesteigert. Durch  
diese Verschlechterung der Qualität soll ein Mehr gewonnen  
werden, das etwa 400 000 Tonnen Roggen entspricht.

*Die Erhöhung der Getreidepreise in einer Zeit fort-  
schreitender Lohnsenkung und allgemeiner Teuerung ist  
für die Diktatur ein schwieriges Problem. Denn eine Er-  
höhung des Brotpreises — bei knapper und teurer Kar-  
toffelversorgung — kann auch durch die schönsten Ley-  
und Goebbelsreden nicht ganz weggemacht werden.*

Deshalb wird eine Stabilität des Brotpreises — versprochen  
und beim Roggenbrot die Qualität verringert. Da das nicht  
ausreicht, müßten die Handelsspannen beim Müller  
und Bäcker, die ja jetzt gleichfalls behördlich festgesetzt  
werden, herabgesetzt werden. Davon verlautet vor-  
läufig noch nichts, da man die Steigerung der Unzu-  
friedenheit im Mittelstand immer mehr fürchtet.  
Und so wird die Aufrechterhaltung des bisherigen Brotpreises  
wahrscheinlich das Schicksal der anderen nationalsozialisti-  
schen Versprechungen teilen.

Der Futtermangel in vielen Teilen des Reiches hat  
die Lage der Bauern akut verschlechtert. Noch nicht schlacht-  
reifes und Milchvieh muß abgestoßen werden. Die Preise  
gehen zurück. Die Landesbauernführer werden unruhig. Die  
nationalsozialistische Agrarpolitik hat bisher die inländischen  
Futtermittel zum Nutzen der Großgrundbesitzer und Groß-  
bauern systematisch verteuert, die Einfuhr der ölhaltigen  
Kraftfuttermittel gedrosselt und ihre Preise maßlos erhöht.  
Jetzt verlangt zum Beispiel der Landesbauernführer in  
Hessen-Nassau weitgehende und recht kostspielige Maß-  
nahmen: Ankauf von Großvieh zur Einkonservierung für das  
Winterhilfswerk, Herabsetzung der Umsatz- und Grundver-  
mögenssteuer, Bereitstellung genügender Devisenmengen (!)  
für den Ankauf ausländischer ölhaltiger Kraftfuttermittel,  
Beseitigung der Monopolabgabe auf diese Futtermittel und  
eine darüber hinausgehende weitere Preisherabsetzung,  
Frachtermäßigungen der Reichsbahn usw.

## Schiffbruch der totalen Agrarpolitik

Die Forderungen sind deshalb interessant, weil sie zeigen,  
wie die totale Agrarpolitik, die sich einbildete,  
die Wünsche aller landwirtschaftlichen Gruppen zugleich be-  
friedigen zu können, Schiffbruch leidet. Die Be-  
günstigung der Großen, die Getreide und Futtermittel zum  
Verkauf bringen, hat die Produktionskosten der landwirt-  
schaftlichen Veredelung in die Höhe getrieben; der Versuch,  
die Fleisch-, Gemüse- und Obstpreise gleichzeitig herauf-  
zusetzen, scheitert an der sich weiter verringenden Kaufkraft  
der städtischen Massen — „bei der Verbraucher-  
schaft liegt unglücklicherweise auch noch  
ein geringer Bedarf (!) an Fleisch vor“, klagt  
der erwähnte Bauernführer — und jetzt, wo der Futter-  
mangel diesen Gegensatz akut verschärft hat, verlangen die  
nationalsozialistischen Bauernführer neben neuen Subven-  
tionen aus der geleerten Reichskasse selbst die grundlegende  
Aenderung dieser Agrarpolitik, das Herausbrechen eines

tragenden Teiles des ganzen Autarkie- und Preistreibe-  
systems!

Das werden die Nationalsozialisten nicht tun und deshalb  
wird die Unzufriedenheit der Bauernmassen weiter wachsen,  
um so mehr, da die Futtermittelfuhr aus dem Ausland an  
die Schranke der Devisennot stößt und diese weiter steigert.  
Nun hat das Konjunkturinstitut kürzlich von einem even-  
tuellen Getreidezusatzbedarf aus dem Aus-  
land in der Höhe von 1 Million Tonnen gesprochen; seine  
Deckung würde etwa 85 Millionen Reichsmark Devisen er-  
fordern. Diese Schätzung dürfte viel zu gering sein, aber auch  
ein solcher Betrag bedeutet heute eine schwere, zusätzliche  
Belastung, die eine noch stärkere Einschränkung anderer  
Rohstoffzufuhr bewirken wird.

## Kurzarbeit — Lohnsenkung

Auf industriellem Gebiet hat die Devisennot be-  
reits zur ersten folgenschweren Einschränkung der  
Produktion geführt. In der Textilindustrie, die  
bisher durch die Uniformen- und Festkleidbestellungen, zu-  
gelegt durch die Hamsterkäufe eine Sonderkonjunktur hatte,  
darf vom 23. Juli ab nicht mehr als 36 Stunden  
gearbeitet werden. Denn „die vorhandenen Vorräte  
müssen geschont“ werden, da die Devisenlage eine Be-  
schränkung der Einfuhr notwendig macht. Zugleich wird die  
Erweiterung neuer Betriebe oder die Erweiterung be-  
stehender verboten, um eine Umgehung der Arbeitszeit-  
verkürzung zu verhindern. Eine „Anpassung“ der Preise an  
etwa steigende Weltmarktpreise, aber auch, was entscheidend  
ist, an „unvermeidbare Selbstkostenerhöhungen“, wird aus-  
drücklich zugegeben. Daß eine „scharfe Ueberwachung“ statt-  
finden soll, wird an den Preissteigerungen nichts ändern. Er-  
höhte Preise für durch Ersatz verführte Ware — teuer und schlecht — wird jetzt die  
Devisen!

Die Arbeitszeitverkürzung geht natürlich auf Kosten  
der Beschäftigten und bedeutet einen neuen Abfall  
ihres unglücklich gedrückten Einkommens. Nach der amt-  
lichen Erhebung für den September 1933 betrug der Brutto-  
stundenverdienst im Durchschnitt 61,5 Reichspfennig, der  
Nettoverdienst 54,0. Er schwankte bei den einzelnen Katego-  
rien zwischen 36,5 und 64,1 Reichspfennig. Die Wochen-  
arbeitszeit betrug im Durchschnitt 43,16 Stunden und das  
durchschnittliche Wochenlohn 26,53 Reichsmark.  
Spinner verdienten 31,29 Reichsmark, Weber 30,16 Reichs-  
mark, während Hilfsarbeiterinnen auf 18,81 Reichsmark  
kamen. Der Vergleich mit 1930 zeigt einen Rückgang des  
Stundenverdienstes um durchschnittlich 21 Prozent, der  
Wochenverdienstes — wegen der etwas längeren Arbeitszeit  
— um 20 Prozent. Seitdem ist aber unter der Hitlerherrschaft  
eine weitere Lohnsenkung eingetreten, denn eine  
Erhebung der „Deutschen Arbeitsfront“ stellt einen durch-  
schnittlichen Wochenlohn von nur 21,47 Reichsmark fest. Das  
bedeutet eine neue Senkung um rund 20 Prozent! Seit 1930,  
dem Sturz der Regierung Hermann Müllers, ist eine Reduk-  
tion um 40 Prozent, fast eine Halbierung, der Löhne ein-  
getreten. Und jetzt bringt die Verkürzung noch eine weitere  
Verringerung der Hungerlöhne — wahrscheinlich um 10 bis  
20 Prozent!

## Im Engpaß

So spiegelt sich im steigenden individuellen Elend das  
allgemeine Elend der deutschen Wirtschaft. Die Ausfuhr  
stagniert, wie die Junizahlen gezeigt haben, weiter, sie  
war mit 339 Millionen nur um 2 Millionen höher als im Mai,  
während die Einfuhr mit 377 Millionen sich um 2 Millionen  
verringerte. Das Passivum betrug 38 Millionen. Dabei hat  
sich die Einfuhr bei den von den Verboten erfaßten Waren  
um 10 bis 40 Prozent vermindert. Einfuhrsteigerungen  
anderer Rohstoffe machten aber diesen Rückgang wieder  
wett. Betrachtet man das erste Halbjahr 1934, so zeigt sich ein  
Anwachsen der Einfuhr auf 2302 Millionen (erstes Halbjahr  
1933: 2087) und ein Rückgang der Ausfuhr auf 2086  
Millionen gegen 2378. Das Passivum beträgt 216 Millionen  
gegenüber einem Aktivum von 291 im Halbjahr 1933.

Ist aber die Gestaltung des Außenhandels bisher nur als  
ungünstig zu bezeichnen gewesen, so droht das zweite Halb-  
jahr mit noch viel weiter fortschreitender  
Verschlechterung. Die Zuteilung der Devisen-  
kontingente ist nochmals halbiert worden und beträgt für  
August nur mehr 5 Prozent. In Wirklichkeit ist die Reichs-  
bank nicht mehr in stande, auch nur diesen Satz allgemein  
zuzustellen. Die Wirtschaftskreise werden von einer immer  
stärkeren Unruhe erfaßt und die Wahrheit kann sogar von  
Deutschland nicht mehr ganz unterdrückt werden. So schreibt  
die „Frankfurter Zeitung“ unter dem bezeichnenden Titel:  
„Im Engpaß“:

*„Schwerer als die vermehrte Arbeitslast der Banken  
wegen der Beeinträchtigungen in den  
Dispositionsmöglichkeiten eines großen  
Teiles der Industrie und des Handels. Gekaufte  
Waren können vielfach nicht abgenommen  
werden und liegen in Kähnen oder Lagerhäusern, was im  
besten Falle erhebliche Kosten, in manchen Fällen aber  
auch eine Qualitätsverschlechterung oder gar einen Verderb  
der Ware zur Folge hat. Die Klagen wichtiger, auf Roh-  
stoffbezug aus dem Ausland angewiesener Industrien über  
Verminderung der Vorräte mehren sich; sie  
werden dadurch verständlich, daß die reguläre und irregu-  
läre Nachfrage aus dem Inland in allen von den Rohstoffen  
betroffenen Waren sehr lebhaft bleibt, während  
die Neueindückung mit Rohstoffen auf die bekannten  
Schwierigkeiten stößt. Darüber hinaus ist der Kredit,  
den die deutsche Wirtschaft bei ihren ausländischen Liefe-  
ranten bisher noch genöß, in sehr vielen Fällen weiter ein-*

*geschränkt und zum Teil sogar unterbunden worden. Bei-  
spielsweise bestehen die Lieferanten eines wichtigen aus-  
ländischen Rohstoffes, die bisher unter rund viermonatiger  
Kreditfrist (Dreimonatsakzept) direkt an die deutschen  
Abnehmer geliefert haben, nunmehr auf Barzahlung  
am Verschiffungsort, da die bis vor kurzem noch einig-  
maßen gesicherte Bezahlung der Fakturen bei Verfall  
infolge der Repartierung ungewiß geworden ist, gleich-  
gültig ob es sich um deutsche Abnehmer mit größten Bank-  
guthaben handelt oder um schwächere.“*

## Folgen des Vertragsbruchs

Und der Ausweg aus diesem Engpaß? Das wären Roh-  
stoffkredite. Aber die Diktatur hat den deutschen  
Kredit völlig zerstört — mit Gangstern schließt man keine  
Verträge und am wenigsten im Augenblick des offenen und  
nicht mehr abzuleugnenden Vertragsbruchs. Und der  
ist jetzt gekommen. Deutschland hat die am 15. Juli fällige  
Monatsrate für die Zinsen der Dawesanleihe nicht geleistet.  
Diese Anleihe, die seinerzeit von Schacht persönlich ver-  
handelt, abgeschlossen und eindringlich befürwortet ist, ist  
mit ganz besonderen Garantien ausgestattet. Für sie haften  
einmal „alle gegenwärtigen und künftigen Vermögens-  
bestände und Einkünfte des Deutschen Reiches“, zweitens  
alle Einnahmen aus Zöllen, sowie die Steuern auf Tabak,  
Bier und Zucker und die Einnahmen aus dem Spiritus-  
monopol. Diese Einnahmen wurden bisher auf ein Konto  
der Treuhänder bei der Reichsbank eingezahlt und nach Ab-  
zug der Zins- und Tilgungsbeiträge der Reichsregierung frei-  
gegeben. Jetzt haben die Treuhänder, wozu sie nach dem An-  
leihevertrag nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet waren,  
alle Zoll- und Steuereinnahmen gesperrt.  
Die Hitler-Regierung hat daraufhin die Finanzkassen ange-  
wiesen, die Einnahmen nicht mehr der Reichsbank, sondern  
direkt der Reichskasse zu überweisen. Das ist offener  
Vertragsbruch und wird auch in der ganzen aus-  
ländischen Presse als solcher bezeichnet. Es zeigt zugleich, daß  
auch die weitestgehenden Garantien einem vertragsbrüchigen  
Staat gegenüber wertlos sind, wenn nicht materieller Zwang  
zur Erfüllung eingesetzt werden kann. Aber eben deshalb  
werden sich Private wie Regierungen hüten, einem solchen  
Staat erst neue Kredite zu gewähren und so wird die  
Drosselung der Einfuhr mit all ihren Folgen —  
Drosselung der Produktion, steigende Arbeitslosigkeit, Sinken  
der Einnahmen, weitere Erschütterung der Währung —  
weiter gehen. Von der Erfüllung ihres Wunsches zur  
„Normalisierung“ ist die Diktatur weiter entfernt als je.

## Eisenaufzucht

Die Eisenindustriellen erwägen, nach Berichten der gleich-  
geschalteten Presse, auf „heimisches Erz“ zurückzugreifen.  
Das heimische Erz ist das sogenannte Raseneisenerz und der  
Brauneisenstein im Lahn- und Dillgebiet. Da diese Erze  
einen Eisengehalt von höchstens 35 Prozent gegen die ein-  
geführten, die 50 Prozent und mehr haben, besitzen, wurden  
die heimischen Erzgruben schon längst eingestellt. Um die  
eisenschwachen Erze verhüttungsfähig zu machen, wurden  
neue Aufbereitungsmethoden erfunden, die angeblich bereits  
in stande sind, das eisenschwache Erz konkurrenzfähig zu  
machen. Die Autarkie-Utopisten singen bereits Hymnen, so:  
„Vorsichtige Schätzungen beziffern den deutschen Vorrat an  
Brauneisenstein in Süddeutschland, wo er in großen Lagern  
im braunen Jura von der Schweiz bis nach Frankreich hinein-  
reicht, auf etwa 10 Milliarden Tonnen. Vor allem in Baden  
sind diese Brauneisensteinlager sehr abbaufähig. Man  
würde, wenn die Kalkulationen für die Erzaufbereitungs-  
anlagen stimmen, eine Versorgung Deutschlands mit den zur  
Thomasstahlerzeugung notwendigen Erzen erreichen.“ —  
Dem deutschen Volk blüht nun eine Zeit des Ersatzes: Woll-  
ersatz nach Ruchling, Tabakerersatz, Kartoffelersatz, Eisenersatz,  
und, da das Leben in Deutschland kein Leben ist, Lebens-  
ersatz.

Mehr Ersatz als im Weltkrieg!

## Von der „Nahrungsfrost“

Das Reichsernährungsministerium und die Marktherichts-  
stelle bei der Hauptabteilung II des Reichsnährstandes geben  
eine sehr optimistisch gefärbte Darstellung über die Getreide-  
und Kartoffelvorräte von sich. Wer aber die mitgeteilten  
Daten aufmerksam liest, stellt fest: durch den Wahn der  
landwirtschaftlichen Autarkie, der durch die trostlose  
Devisenlage erzwungen wurde, haben im Juni 1934 die Vor-  
räte an Hafer und Roggen „erheblich schneller abgenommen  
als im Vorjahre“ — genauer wird das nicht gesagt! — „weil  
Hafer und Roggen in starkem Maße infolge des Mangels an  
Grünfutter verfüttert worden sind.“ Seit 1928 hat sich der  
Einfuhrüberschuß an Nahrungsmitteln um 73 Prozent (!)  
gesenkt. Während im Juni des Vorjahres 1,37 Millionen  
Kartoffeln verbraucht wurden, wurden heuer 1,75 Millionen  
Tonnen Kartoffeln verbraucht, dabei wurde heuer bekannt-  
lich der Verbrauch nicht befriedigt. Diese Zahlen zeigen,  
wie furchtbar die Gangster den Lebensstandard des deut-  
schen Volkes gesenkt haben.

Selbst wenn man alle sehr optimistischen Schätzungen der  
Nazi über die heutigen Leistungen der Landwirtschaft für  
richtig annimmt, dann hat sich die Leistungsfähigkeit der  
deutschen Landwirtschaft um maximal 39 Prozent gesteigert.  
Zu diesen Schätzungen ist zu sagen: man stellt sie gewöhnlich  
für einen landwirtschaftlich guten Landstrich an und rechnet  
sie automatisch auf das ganze Reich um. Sehr hoch ist also  
der Wert solcher Berechnungen nicht zu veranschlagen. Aber  
wenn selbst diese Zahlen stimmen sollten, muß Deutschland  
mindestens noch 20 Prozent seines Verbrauchs an  
Lebensmitteln einführen. Diese Einfuhr kann es sich aber  
nicht leisten. Bleibt als einziger Ausweg die straffste Kriegs-  
wirtschaft übrig. In den berühmten Jahren der Schmach und  
Schaude war niemals, auch 1919 nicht, die Lage Deutsch-  
lands so trostlos, wie nun, da es den Gangstern aus-  
geliefert ist.

# Oesterreich bleibt in Unruhe

## „Säuberung“ geht weiter

### 30 Tote der Exekutive in Steiermark

Wien, 27. Juli. Die Pressefelle des österreichischen Heimatschutzes meldet: Die Säuberungsaktion in Steiermark ist im wesentlichen beendet. Starke Heimatschutzabteilungen aus Oberösterreich, Salzburg und Niederösterreich haben im Verein mit dem Heimatschutz in Steiermark die Grenzgebiete von den Aufrührern befreit; der Verkehr konnte fast überall wieder aufgenommen werden. Die Verurteilung des Heimatschutzes, der mit dem Bundesheer und der Gendarmerie die Aktion durchführt, ist sehr groß. Nach den bisherigen Meldungen sind in Steiermark an 30 Tote zu beklagen. In Kärnten haben sich in den Abendstunden an zahlreichen Stellen Kämpfe mit zunehmender Heftigkeit ergeben. Der Heimatschutz wird von Heimatschutzlern aus Osttirol unterstützt und hat zahlreiche Orte bereits gesäubert. Bei der Vertreibung der Aufrührer aus Kärnten liegen diese allein neun Tote auf dem Kampfboden; der Heimatschutz hatte einen Schwerverwundeten. Im Lande selbst ist alles ruhig, doch fehlen in Oberösterreich, in Niederösterreich, Tirol, Vorarlberg und Burgenland.

Wien, 27. Juli. Die Säuberung des mittleren Enns-tales wurde am Freitag erfolgreich durchgeführt. Von Wienmarkt nach eine Gruppe aus Admont vor. Bundesheer schickte zusammen mit einer Heimatschutzgruppe nach verlustreichem Kampf gegen einen sich hartnäckig wehrenden Gegner nachmittags den Fohrweg und erreichte Pleben, während eine Abteilung des Bundesheeres mit einer Heimatschutzgruppe aus den Bezirken Grieskirchen und Eberding über Kufsee bis Steinach-Pradana vordrang. Der Karabesherd im mittleren Enns-tal ist befreit.

## Die Schuld Neue Beweise

Dresden, 28. Juli. Die nationalsozialistische Presse behauptet, daß der vom Wiener Standgericht zum Tode verurteilte und achtente Schutzbündler Joseph Werl sich einer politischen Ansfassung in den letzten Monaten genähert habe. In diesem Zusammenhang erhalten Drohungen, die der „Dresdner Freiheitssampf“ bereits am 19. Juli veröffentlichte, Bedeutung: „Sagt Dollfuß die Hand an Volksgenossen... dann kann man als sicher annehmen, daß schon einige Stunden später die Entführungskammer durch ein verewaltigtes Land geht, der wohl nicht alles bestehen läßt, was zur Zeit in Oesterreich noch besteht.“

München, 28. Juli. (Münchener): Es steht einwandfrei fest, daß die in München stationierte österreichische Legion bereits

vier Tage vor dem Putsch in Alarmbereitschaft gesetzt wurde. Sie war darauf vorbereitet, am 26. Juli in Oesterreich einzumarschieren. Nachdem der Wiener Putsch in seinen Anfängen stecken blieb, hat Hitler an dem für den Komarsch vorgesehenen Tage plötzlich Gegenorder gegeben.

Berlin, 28. Juli. Die ersten Meldungen über die Ereignisse in Oesterreich veröffentlichte die „Westfälische Landeszeitung“ auf der ersten Seite mit folgender, großgedruckter und räumlich reichhaltiger Überschrift: „Dollfuß vom Volk gerichtet.“ Das Berliner „Abend-Blatt“ wählte als Schlagzeile: „Das Ende eines Verräters.“ Das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ gab seiner Genugtuung über den Nord an Dollfuß wie folgt Ausdruck: „Die (österreichische Regierung) hat geglaubt, ihre Absichten mit brutaler Gewalt durchsetzen zu können, jetzt sind Kräfte geküßt, die außerhalb des österreichischen Volkswillens und der österreichischen Gemeinschaft liegen. Sie hat dabei wohl kaum ein Recht, ihr Schicksal zu beklagen.“ Und die „Österreichische Zeitung“, das Blatt Görings, schrieb: „Als die Regierung Dollfuß... eine Verordnung erließ, wonach jeder, der im Besitz von nicht angemeldeten Sprengstoffen gefasst wurde... zu keinen anderen als zur Todesstrafe verurteilt werden solle, haben wir bereits mit allem Nachdruck ausgenauer Kenntnis der österreichischen Verhältnisse... darauf hingewiesen, daß der Tod auch nur eines vom Standgericht verurteilten politischen Gegners der Regierung Dollfuß sehr wahrscheinlich auch den Untergang dieser Regierung bedeuten könnte.“

Es muß betont werden, daß die deutsche Presse keine Meldung veröffentlicht darf, zu deren Publikation die Autorisation des Propagandaministeriums fehlt. Die von und stillerter Anführer sind also mit Wissen und Willen der Diktaturregierung veröffentlicht worden. Erst als der Putsch mißglückt war, wurde der deutsche Gehandte in Wien, Kleiß, desavouiert und der Inspektor für Oesterreich, Habicht, abgesetzt. Diese Maßnahmen werden auch dadurch als Manöver entlarvt, daß Habicht schon seit längerer Zeit in der Öffentlichkeit keine Rolle mehr spielte und die Propagandarede gegen Oesterreich — so z. B. die vom 18. Juni — durch Frauenfeld gehalten wurden. Dieser Frauenfeld ist nicht abgesetzt worden; er ist geblieben. Frauenfeld hatte sogar die Absicht, unmittelbar nach dem Wiener Ereignissen eine Rundfunkrede zu halten. Er hat aber die Zweckmäßigkeit dieser Rede vier Stunden lang im Rundfunk auf dem Omdred; nullschweigend den lang mit Hochkonzertiert und erst dann auf eine Anrede im Rundfunk verzichtet, als sich klar herausgestellt hatte, daß der Putsch zusammengebrochen war.

# Für Aktivität gegen Hitler

## Widerwillen und Ekel in England — Der Vatikan: „Nationalsozialistische Gangsters“

### Italien

Rom, den 28. Juli.

Die hiesigen Zeitungen halten an der Ueberzeugung von Deutschlands Verantwortlichkeit für die Wiener Vorgänge fest.

„Giornale d'Italia“ zählt die zahlreichen Terrorakte der österreichischen Nazis auf. Das Blatt meint, diese Vorgänge könnten durchaus nicht vom innerpolitischen österreichischen Standpunkt aus gemertet werden, sie hätten ihren Ursprung in Hitlerdeutschland.

„Avvenire“ betont den internationalen Charakter der österreichischen Unabhängigkeit. Die von Deutschland geküßte Verletzung der elementarsten Regeln in den internationalen Beziehungen fordert eine gemeinsame Aktion der österreichischen Regierung und der Regierungen, die verantwortlich sind für die Unabhängigkeit und territoriale Unverletzbarkeit der österreichischen Republik.

„Corriere della Sera“ sagt unter Hinweis auf das bekannte geflügelte Wort Talenrands, daß die Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers schlimmer als ein Verbrechen, das es ein politischer Fehler sei, und zwar ein Fehler, der dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland zur Last falle. Die weiteren Ausführungen betreffen hauptsächlich die Anschuldigungen und die Vorwürfe Italiens zum Schutze Oesterreichs. Das Verbrechen bekräftigt die Ueberzeugung, daß die Unabhängigkeit Oesterreichs um jeden Preis erhalten werden müsse.

„Stampa“ erklärt: „Wenn die deutschen Machthaber in ihrem Irrtum verharren, wird es unvermeidlich, daß sich der Kreis der Isolierung auch im Süden schließt.“

In einem Bericht des Wiener Vertreters des „Popolo d'Italia“ wird die Haltung der deutschen Presse unter besonderem Hinweis auf den „Westfälischen Beobachter“ als verächtlich bezeichnet. Die österreichische Bundesregierung habe die Weisheit in den Händen, um die Verantwortung für die Terrorakte an Hand der Herkunft des Sprengstoffes festzustellen.

### England

London, den 28. Juli.

Die englische Presse schaut wirklich Deutschland nicht, das man hier allenthalben als die Macht ansieht, die aus der Ferne mit Hilfe der österreichischen Nazis den tödlichen Streich gegen Dollfuß geführt hat. Aber die Presse wünscht nicht — und das entspricht der englischen Mentalität, die man nun schon seit Jahren kennt — daß England sich an irgendwelchen Schritten der Nazis in Berlin beteilige.

„Times“ meint, eine Verewegung, die zu solchen Methoden ihre Zuflucht nehme, löse allenthalben Widerwillen und Ekel ein. Das Blatt hofft, daß Frankreich, Italien und Englands Haltung Deutschland einen heilsamen Schock einlege, und daß durch die erneuten energiegelichen Erklärungen der drei Mächte für die Un-

abhängigkeit Oesterreichs direkte Schritte in dem österreichisch-deutschen Konflikt vermeiden werden könnten.

Auch der „Daily Telegraph“ lehnt ein Eingreifen fremder Mächte in den deutsch-österreichischen Streitfall ab und billigt ausdrücklich die Haltung, die Sir John Simon in dieser Frage am Donnerstag im Unterhause eingenommen hat.

London, 28. Juli. Der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“ will wissen, daß man in Londoner politischen Kreisen die Ernennung v. Papens zum Deutschen Gesandten in Wien nicht als Zeichen einer Wendung der deutschen Politik gegenüber Oesterreich auffasse, sondern im höchsten Maße als eine Wendung der „Methode“.

## Der Vatikan

Rom, 28. Juli. Wahrscheinlich wird der Papst die nächste Gelegenheit wahrnehmen, um öffentlich seine Mißbilligung auszudrücken über die Gewalt- und Mordakte, die das friedliche Leben Oesterreichs gestört hat. Diese Erklärung, die in religiösen Kreisen als sehr wichtig angesehen wird, dürfte schon anfangs nächster Woche abgegeben werden. Am Dienstag wird nämlich der heilige Vater 200 junge Oesterreicher empfangen, die den Sommer in italienischen Ferienkolonien verbringen wollen. Es wird bestätigt, daß die persönliche Entlassung des Papstes über die Ermordung des Kanzlers Dollfuß sehr groß ist.

# Italienische Presse noch feindseliger

Rom, 27. Juli. Seit Donnerstag hat sich der Ton der italienischen Presse gegenüber Hitlerdeutschland noch verschärft, obwohl er kaum noch zu steigern war. Man anerkennt nirgendwo die deutsche Ablehnung der Verantwortung an den Vorgängen in Oesterreich. Die Verurteilung Papens hat diese Auffassung eher noch bekräftigt.

„Giornale d'Italia“ meint darin die Entsendung eines Kommissars zu erkennen, also die Errichtung einer Filiale oder Unterabteilung der Berliner Regierung. Es läßt sich an die Verurteilung entsprechender japanischer Missionen an das damit in den japanischen Einflusskreis hineingezogene China erinnern.

Im Augenblick sind noch keine diplomatischen Aktionen Italiens in Aussicht genommen. „Giornale d'Italia“ sagt dazu: „Es ist zwecklos, an die diplomatischen Anträge, mehr oder weniger kollektiver Schritte, mündlicher oder schriftlicher Proteste zu denken, welche die Welt selbst in ihrer völligen Apathie zurückweist.“ Man braucht Geduldungen und Entschuldigungen. Jedes große Land muß den politischen und moralischen Mut zu dem einen wie dem anderen aufbringen.

Das ist das Bekenntnis, allein zu handeln. Die italienischen Truppenbewegungen an der Nordgrenze dauern fort. „Avvenire“ sagt dazu, daß Italien für jede Eventualität bereit sein wolle, da es jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs ablehnt.

Es ist bekannt, daß am Mittwoch 3000 Mann der in Deutschland gebildeten sog. österreichischen Legion an der österreichischen Grenze standen. Diese Abteilungen haben übrigens an den Wiener Ereignissen des 25. Juli keinen Anteil.

Rom, 28. Juli. Der päpstliche „Observatore Romano“ schreibt:

„Die Ermordung des Kanzlers ist eine Herausforderung Europas und der zivilisierten Welt. Der Kampf zwischen der organisierten Gesellschaft und der anarchistischen Gesellschaft verläuft entweder durch die kommunistische oder die nationalsozialistische Demagogie. Er steigt in die Arena, um die beiden mächtigen Materialismus mit zwei Gesichtern zu bekämpfen.“

In einem anderen Artikel schreibt „Observatore Romano“: „Der Nationalsozialismus ist, wie alle Mörderbewegungen, eine Bande, keine Partei.“

Die nationalsozialistischen Gangsters sind so in ihrem Blutraum geblieben, der um den Rahmen ihrer Infamie gezogen ist...“

Dollfuß ist wie kein Bruder Mannezer gefallen. Seine Denker haben ihm einen Priester verweigert. Die Menschheit und die Religion, die Zivilisation und der Glaube sind gleichgültig getroffen worden. Aber die Menschheit und die Zivilisation wissen jetzt, daß ihre Todfeinde die Todfeinde des Glaubens und der Religion sind.“

## Bomben in der Pariser Métro

### 1 Toter, 4 Verletzte

Paris, 28. Juli. Einer geheimnisvollen Bombenexplosion in Paris fiel am Freitagnachmittag ein Menschenleben zum Opfer. In der vierten Nachmittagsstunde entdeckte der Kontrolleur Binet in einem Abteil der 1. Klasse des Untergrundbahnhofs, der auf der Strecke Porte St. Maurice und Porte Orleans fuhr, ein verschärftes Paket unter einer Bank. Er nahm es an sich und übergab es am Metro-Bahnhof Montparnasse dem Stationsvorsteher Catalas. Als dieser nun die Verschürung des Paketes durchschnitt, explodierte der Inhalt plötzlich mit lauten Geräuschen und das Diensthäuschen, wurde in die Luft geschleudert. Mit schweren Brust- und Kopfverletzungen lag der Bahnhofsvorsteher Catalas am Boden. Auch Binet wurde erheblich verwundet. Drei Fahrgäste, die in der Nähe des Diensthäuschens standen, wurden ebenfalls leicht verletzt. Die beiden verwundeten Bahndiener wurden sofort in ein Krankenhaus überführt, wo Catalas bald nach seiner Entlassung starb.

Binet, dessen Zustand hoffnungsvoll ist, wenn auch mit dem Verlust seiner rechten Hand zu rechnen ist, konnte noch am Abend vernommen werden. Er gab an, daß er am Bahnhof St. Michel den Waggon betreten hatte, in dem er das Unfallspaket fand. Nur ein einziger Reisender hatte sich in dem Abteil befunden, der an der Station Saint Maurice abgestiegen sei. Felder ist Binet nicht in der Lage, diesen Mann zu beschreiben. Polizei und Staatsanwaltschaft sind eifrig bemüht, hinter das Geheimnis dieses Bombenschlags zu kommen.

## Die Untersuchung

Paris, 28. Juli. Die polizeiliche Untersuchung des Sprengstoffanschlags hat bisher nur zu der Feststellung geführt, daß das Explosionsgerät gefährlicher gewesen ist, als die Sprengstoffpakete, die in letzter Zeit in Paris von Unbekannten verschickt oder niedergelegt worden sind. Der Explosionsstoff, der sich in den Paketen befand, wird zur Zeit vom städtischen Laboratorium untersucht. Soweit bis jetzt feststeht, handelt es sich um einen Sprengstoff mit großer Brandentwicklung, der ungewöhnlichen Schaden hätte anrichten können, wenn er in einem starkbesetzten Wagen zur Explosion gekommen wäre.

## „Gereinigt“ Reichssender Köln

### Intendant beurlaubt

Köln, 26. Juli 1934.

Der Korruptionskandal beim Reichssender Köln hat inzwischen zur Beurlaubung (neudeutliche Umschreibung) des Intendanten Dr. Gladmeyer geführt. Auch der Sendeleiter Dr. Fischer soll auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren. Anlaß zur Aufrollung des Skandals sind die großen Unterschlagungen von Winterhilfsgeldern, die der Organisator der Konzerte am Reichssender Köln, Hermann Reiser, sich zuschulden kommen ließ und wofür mehrere prominente nationalsozialistische Funktionäre verwickelt sind. Zu der — von der D. N. bereits gemeldeten — Entlassung des Adjutanten des Dr. Gladmeyer, Dr. Barlagge, ist noch zu bemerken, daß ihm außer Unterschlagungen der Mißbrauch seiner Stellung weiblichen Angehörigen gegenüber nachgewiesen wurde. Auch eines seiner Opfer, eine Stenotypistin, floh heraus. — Dabei sage noch einer, der braune Rundfunk sei nicht gefährdet!

In Rom verheißt man nicht, daß die Lage ernst ist. Die Vatikaner, so besonders der französische und der britische Botschafter, stehen in ständiger Verbindung mit dem italienischen Außenministerium; doch war diese Fühlungnahme nur informatorischen Zwecken gewidmet.

## „Auch mit der Waffe“

„Gazzetta del Popolo“ schreibt in einem Leitartikel: „Gewehr bei Fuß!“

Das sozialistische Italien liebe die Tatsachen bloßen Worten vor. Italien sei vorbereitet, mit der größten Promptheit und Entschlossenheit zu handeln. Es könne von den Ereignissen nicht überrascht werden. Noch einmal für immer lände es an, daß es kein fast accompli anerkenne, sondern entschlossen sei, die Unabhängigkeit Oesterreichs auch mit der Waffe zu verteidigen. Im übrigen liebe „Deutschlands Komplizenschaft“ an den österreichischen Ereignissen fest. Wir wollen nicht vergessen, so schreibt das Blatt, daß der Krieg 1914 mit einem Attentat begann.

„Avvenire“ erklärt, daß die deutsche Schuld vor der ganzen Kulturwelt erwiesen sei und fügt hinzu, wenn jene vorhanden sei und vor allem, wenn sie von deutscher Seite aufrichtig gemeint sei, so würden es die Tatsachen zeigen müssen. Galda erklärt, daß die Ernennung Papens zum Sondergesandten trotz des demonstrativen Briefes des Reichskanzlers Hitler in Italien nachdrücklich mache. Diese Ernennung sehe so aus, als sollte in der deutschen Gesandtschaft zu Wien ein hoher Kommissar eingesetzt

# Der Arierparagraf und die Kunst

Von Hermann Steinhausen

Wenn der Arier-Paragraf in den freien Berufen (der Rechtsanwälte, der Ärzte) als eine Art äußerliches Regulativ zugunsten der „christlichen“ Konkurrenz wirkt, so bedeutet er im Bereich der Kunst (auf den er inzwischen ausgedehnt worden ist) eine grundlegende Veränderung des bisher in Europa geltenden Leistungsprinzips. — In einer jahrhundertelangen Entwicklung ist man in Europa übereingekommen, den Künstler nach seinem Werk und das künstlerische Werk nach dem Grade von Vollkommenheit zu messen, der ihm zukommt. Der Künstler als private Person, als ein Mensch von bestimmtem Herkommen und bestimmten Meinungen, hatte nach dieser in den europäischen Kulturländern geltenden Auffassung aus der künstlerischen Beurteilung zunächst überhaupt auszuscheiden. Selbst die vierjährige kriegerische Selbsterziehung Europas vermochte dieses Prinzip nicht entscheidend zu durchbrechen; nach den ersten aufgeregten Wochen des Kriegsbeginns spielte man in Berlin wieder Shakespeare und in London wieder Wagner und wenn man in der Nachkriegszeit in Deutschland einen bedeutenden Dichter wie Paul Claudel anerkannte, las und auführte, unbeschadet der Tatsache, daß Claudel als Politiker mehrfach gegen Deutschland Stellung nahm, so geschah dies aus dem richtigen Gefühl heraus, daß die Welt des Geistes und der Kunst in einem in Nationen zerrissenen Europa die letzte wesentliche, aller Völkern gemeinsame Lebenssphäre bedeute.

Man stelle sich für einen Moment vor, Europa würde auch noch dieser völkerverbindenden Sprache der Kunst beraubt, so könnte kein noch so selbstüberzeugter Kulturdünkel, keine Sorte von „Heimatkunst“ den Absturz unseres Kontinents in das tiefste geistige Chaos verhindern. Und so ist denn auch der heute mit Emphase vorgetragene Gedanke, demzufolge die echte künstlerische Leistung ihre Wurzeln im „Völkhaften“, im Wesen der eigenen Nation haben müsse, jener höheren Erkenntnis einzuordnen, daß die große künstlerische Leistung naturgemäß über alle Grenzen hinausdringt und daß es geradezu zum Wesen einer bedeutenden künstlerischen Schöpfung gehört, daß sie überall da ergreift und bewegt, wo freie Menschen die Stimme der Kunst zu vernehmen willens sind. In diesem Sinne sind alle Menschen, die sich ein Leben ohne Kunst nicht vorzustellen vermögen, Bürger eines unsichtbaren großen Reiches, in dem nationale Vorurteile und nationaler Eigendünkel unzuständig sind. Dieser Begriff einer „übernationalen“ kulturellen Sphäre wird von den Theoretikern des Nationalsozialismus entschieden gelehrt; schon Moeller van den Bruck bestreitet ausdrücklich, „daß es oberhalb von Sprache und Land einen verwickelten Bereich geben sollte, in dem die Unterschiede zwischen den Werten des einen Volkes und denen des anderen Volkes verschwinden“.

## 1. Das Ende des Leistungsprinzips

Indem für ein großes Kulturvolk der Arier-Paragraf auch in die Sphäre der Kunst eingeführt wird, ist — zum ersten Male seit der Renaissance — das Leistungsprinzip als Fundament der ästhetischen Bewertung aufgehoben. Und in den Vordergrund tritt der private Künstler, dessen politische Meinung wichtig wird und der eine Stammrolle auszufüllen hat, bevor sein Werk überhaupt die Öffentlichkeit erreichen kann. Mit seiner Absicht, den Künstler der Kontrolle des Staates zu unterstellen, kann der Nationalsozialismus sich allerdings ebenso auf Plato berufen, der aus keinem Idealstaat bestimmte Kunstarten ausschließt, wie auf das Prinzip der katholischen Kirche, die dort, wo sie die Macht hat, auch die Kunst unter das Gebot ihrer religiösen Anschauungen stellt; indessen war es Plato erspart, die Probe aufs Exempel seiner die Kunstübung einzwängenden staatspolitischen Tendenzen zu machen, und den Katholizismus hat (im Gegensatz zum Nationalsozialismus) ein feines Gefühl für den Wert der bedeutenden Persönlichkeit davor bewahrt, die äußerste Konsequenz seiner rigorosen kunstpolitischen Grundsätze zu ziehen; schließlich aber handelt es sich in beiden Fällen doch um ein geistiges, auf die Bewahrung bestimmter kultureller Werte gerichtetes Prinzip. Mit dem Arier-Paragrafen aber wird zum ersten Male, seit das Wort „Abendland“ ein geistiger Begriff geworden ist — ein naturalistisch-materialistisches Kriterium —, das Kriterium der physischen Rassenzugehörigkeit in die europäische Vorstellungswelt eingedrängt.

Da der jüdische Mensch „blutmäßig“, d. h. jenseits der individuellen Kontrolle von dem sogenannten „deutschblütigen“ Menschen abgelehnt wird, ist auch seine künstlerische Leistung (unabhängig von ihrem objektiven Wert) für das völkische Reich nicht vorhanden. (Der Nationalsozialismus geht hier radikaler vor als beispielsweise die spanische Inquisition, für die es auf das Bekenntnis des Ketters und nicht auf seinen physischen Status ankam.) Die künstlerische Tätigkeit des Juden mag einstweilen im privaten Zirkel, etwa in dem bereits ghettohaft abgeschlossenen „Jüdischen Kulturbund“ geduldet werden — die deutsche Öffentlichkeit soll sie jedenfalls nicht mehr erreichen. (Vorgänge der letzten Wochen beweisen, daß wenigstens in Berlin schon das bloße Auftreten reproduzierender jüdischer Künstler vor einem besonders rabiaten Teile der nationalsozialistischen Anhänger als Provokation betrachtet wird.) Wenn man gelegentlich führende Persönlichkeiten des „dritten Reiches“ davon phantasieren hört, daß Deutschlands geistige Verfassung 150 Jahre zurückverdiert werden müsse, — wenn der Schriftsteller Wilhelm Schäfer rühmend hervorhebt, daß Deutschland im Begriffe sei, in das tiefe Mittelalter zurückzukehren, so wirken solche frappanten Erklärungen blaß und unverbindlich neben der durch den Arierparagrafen tatsächlich bewirkten Aufhebung der Kontinuität in Deutschlands kultureller Entwicklung. Wir werden Zeuge, wie ein mächtiges Volk nach physisch-biologischen Grundsätzen nicht nur seine geistige Gegenwart aufzubauen, sondern auch den gewachsenen Kulturbesitz der Vergangenheit auszureinern sucht.

Wenn wir die geistigen Folgen des „Arier“-Paragrafen beobachten, so sehen wir, daß auf Grund dieser neuen

Prädestinations-Lehre den Angehörigen der jüdischen Rasse (jener Rasse also, die als erste den Monotheismus einführte und aus der Christus hervorging) die innere Möglichkeit abgesprochen wird, den Kulturbesitz des deutschen Volkes zu mehren. Es ist folgerichtig, daß eine solche „biologisch“ fundierte Welthaltung auch zu einer „biologisch“ fundierten ästhetischen Auslese und Kritik führen muß. Was die seit der deutschen Umwälzung durch den Staat vorgenommene Auswahl der neuen künstlerischen Kräfte anlangt, so ist heute dafür gesorgt, daß von sämtlichen öffentlichen Wettbewerben (ob es sich nun um Werke bildender Kunst oder um ein „nationales Festspiel“ handelt) nichtarische Künstler prinzipiell ausgeschlossen sind. Aber von der rassemäßigen Auslese werden auch Künstler und Werke erfaßt, die der aktuellen Gegenwart längst entrückt, nur als zeitlos lebendige Kräfte noch in sie hineinwirken; so werden durch den Arierparagrafen Gestalten wie der um eine malerische Synthese zwischen südlicher und germanischer Kunst auf eine so typisch deutsche Weise bemühte große Maler Hans von Marées oder der das klassische Erbe auf bedeutende Manier bewahrende Bildhauer Adolf von Hildebrand erfaßt.

## 2. Die große Oede

Daß mit der Einführung des „Rassegefühls“ (gegen das es kein geistiges Argument gibt!) zugleich der Begriff der bürgerlichen Bildung zerstört wird, liegt auf der Hand. Aber gerade diesem Begriff der allseitig durchgeführten, autonomen Persönlichkeit wird ja der Typus des „rassisch“ empfindenden Staatsbürgers bewußt übergeordnet. „Bildung“ aber kann nur Anerkennung der Bildungswerte, muß ein geistiges Assimilierungsprinzip bedeuten, das sich jedem Anspruch aus einer außer-geistigen (etwa der sogenannten „rassisch-völkischen“) Sphäre von Grund aus verschließt; so argumentieren, heißt nicht im Geist des (zum Prügeln gewordenen) „Liberalismus“, sondern im Geist eines kontinuierlich verstandenen europäischen Bildungslebens denken, ohne dessen lebendige Tradition unser geistiges Heute unvorstellbar wäre.

Es genügt, daß die letzten Entwicklungsphasen der bildenden Kunst (Expressionismus, Kubismus, Futurismus) für das allgemeine deutsche Bewußtsein mit den Namen einiger jüdischer Künstler verbunden sind, um diesen künstlerischen Bewegungen das staatliche und das öffentliche Interesse zu entziehen. Selbst bei einem so unbestreitbar bedeutenden Maler wie (dem im Krieg gefallenen) Franz Marc dürfte seine enge geistige Beziehung zu der Dichterin Else Lasker-Schüler ausreichen, um ihn in der offiziellen Bewerbung hinter jeden der offiziellen Schönmalers des „dritten Reiches“ zurücktreten zu lassen. Was dabei herauskommt, erlebt man in der Oede der diesjährigen Ausstellung in München.

## 3. Exempel aus Breslau

Es ist klar, daß sich der Arierparagraf auf den Gebieten des Theaters und der Musik, Gebieten, denen das künstlerische Talent des Juden stets eine besondere Neigung zuwandte, besonders heftig ausgetobt hat. Der Einwand, daß Richard Wagner den seinerzeitigen Münchener Hofoperndirektor Hermann Levi als den idealen Interpreten seiner Werke bezeichnete, mußte hinter der aus den Tiefen des germanischen Gemüts geschöpften Behauptung zurücktreten, daß Wagners Musik nur von einem deutschblütigen Musiker wesensmäßig erfaßt wird. Und so verschwanden mit einem Schlage alle jüdischen Dirigenten aus dem deutschen Musikleben, vom kleinen Korrepetitor an einem Provinztheater bis zu den Trägern so anerkannter Namen wie Walter und Klemperer. Welcher Situation aber die nichtarischen Komponisten gegenüberstehen, mag eine Breslauer Notiz aus der letzten Zeit beleuchten:

„Anlässlich der Neueinstudierung der Volksoper „Der Kuhreigen“ von Wilhelm Kinal in der Breslauer Oper hielt es eine Breslauer Zeitung, im Gegensatz zu der Stellungnahme der Schlesischen NS-Gaupresse, für richtig, in ihrer Erwähnung der Aufführung Wilhelm Kinal als Halbjuden zu bezeichnen, und das ganze Werk nicht tragbar als Bestandteil eines nationalsozialistischen Opernspielplans zu charakterisieren.“

Nachdem der Breslauer Generalintendant Berg-Ehlert darauf von dem Reichsdramaturgen Dr. Rainer Schlösser auf nochmalige ausdrückliche Anfrage hin die rein arische Abkunft Wilhelm Kienzls bestätigt erhalten hatte und der greise Meister selber durch ein Schreiben an die Breslauer Generalintendantin, dem sämtliche Geburts- und Taufschneide der Eltern und Großeltern in Originalfotos beilagen, seine Abstammung dokumentiert hatte, sah sich jene Zeitung genötigt, in einem Widerruf ihre falsche Behauptung zurückzunehmen.“

## 4. Verarmung überall

Die heute in Deutschland beobachtete katastrophale Verarmung der Theaterspielpläne ist nicht zuletzt durch die rigorose Anwendung des Arier-Paragrafen entstanden, dem nicht nur alle lebenden nichtarischen Schriftsteller von Werfel bis Molnar, sondern auch ein nicht mehr den Lebenden angehörender Mehrer deutschen Kulturbesitzes wie Hofmannsthal zum Opfer fallen mußte; es ist beispielsweise heute in Deutschland unmöglich, ein so grazioses Lustspiel wie Hofmannsthal's „Schwierigen“ vor das Publikum zu bringen; nur als Textdichter Richard Strauß' Opern kann sein Name heute noch auf den deutschen Theaterzetteln passieren. Das Auftreten nichtarischer Bühnenkünstler ist heute schon dadurch unmöglich gemacht, daß die Bühnengenossenschaft der jeder dort auftretende Bühnenkünstler angehören muß, die Aufnahme nichtarischer Schauspieler und Sänger verweigert.

So schmerzliche Wunden der Arierparagraf im täglichen Leben aufreißt, nirgends steht seine Gültigkeit in so schneidendem Gegensatz zum Wesen der Sphäre, innerhalb

## Gangster Dillinger wird salonfähig

Als Dillinger fünfzig Banken ausgeraubt, Betrug sein Eigenkapital zehn Millionen, Und er fand, daß die Methoden, die erlaubt, Sich besser für sein Geschäft würden lohnen: Also gründete selber er eine Bank Für Lombard, Effekten und Depositen, Traf Schutzmaßregeln gegen Banditen Und, da sein Geld so wenig wie anderes stank, Trat er in den Bankierverein Als geschütztes, ordentliches Mitglied ein. Zwar ein paar Außenseiter murmelten was von Moral. Doch ihr Einspruch wurde glatt übergangen. Morgan sprach: „Gentleman, wir haben alle mal Irgendwie klein angefangen.“ Dillinger wurde zu Banketten eingeladen, In nichts von den anderen Bankiers unterschieden. Morgan war sehr mit ihm zufrieden, Doch: „Nimm's nicht übel, Dill, deine Kameraden, Der finnige Jack, der schiele Jim Haben wirklich zu wenig Benimm. Jack hat eine Lady ins Bein gekniffen, Jim noch einige Zoll weiter gegriffen. Du weißt, daß wir hier kein Vorurteil kennen. Du zählst als vollberechtigt zum Stande. Doch von gewissen Kerlen der Bande Mußt du dich trennen.“ Dill lachte nur: „Warum so umständlich? Das ist doch ohnehin selbstverständlich! Ich weiß, was ich meiner Würde schuldig bin.“ Bereits nach vierundzwanzig Stunden Wurden finniger Jack und schiele Jim Und noch zwei Dutzend tot aufgefunden. Alle diese treuen Dillinger-Genossen Hatte ihr Gangster-Chef persönlich erschossen. „Na,“ lachte Dillinger, „habe ich Schliff? Ich bin jetzt der Retter der Welt aus Gefahr. Ihr Leute macht euch ja kein Begriff, Was für ein Lumpengesindel das war: Versoffen, pervers, wahre Unzuchtsnaturen, Erpicht nur auf Morden, Stehlen und Huren. Ich hab ihn gewarnt, ich hab ihn beschworen, Zum sittlichen Wandel ihn angehalten. Doch all mein Mahnen fand taube Ohren. Wie kniend ich ihn inbrünstig gebeten, Hat er nur gegrint und Gummi gekaut. Er hat mich beklaut. Beiseite bracht' er diverse Moneten. Am End' hat er sich mit Jimmy verschworen Und wenn ich nicht rasch gehandelt hätt', War ich verloren! So aber erwischt ich die Kerle im Bett Und hab' sie erschossen. Punktum. Die Akten sind geschlossen. — Na und im Glanze dieser Aktion, Sage nun selbst, lieber Morgan, wie steh ich Jetzt da? Für meine Person Bin nunmehr ich völlig salonfähig.“

Morgan heimlich in die Ecke spie: „Mancher lernt's nie . . .“

Mucki

## Heroisch-Tragisches

Der Professor Dr. Hans Heyse läßt sich in einer Beilage des „Völkischen Beobachters“ über „die neue Idee der Wissenschaft und der deutschen Universität“ aus und erkennt, „daß in den aus der Krisis wiedergeborenen heroischen Werten, als den eigentlichen und wahrhaften Werten, alles Leben, auch das wirtschaftliche, zu begründet sei“. — In dem „neuen kommenden Typus der deutschen Universität“ wird sich auch „die absolute Einheit von geistiger und soldatischer Haltung“ dokumentieren. „Wir müssen entschlossen brechen mit seinem bürgerlichen Phantom der Sicherheit . . . Darum ist die Grundverfassung des Lebens das heroische, heroisch-tragische Existieren . . . das Heldische ist das Urwesen des Geistes, der Philosophie als der Form des Lebens . . . darum hat das deutsche Volk eine Sendung, darum ist es berufen, darum ist die Idee des Reichs der geheime Mittelpunkt und das Herz der Geschichte.“ — Ohne Zweifel.

## Unmoralische Filme in U.S.A. Filmrundschauf

Der religiöse Feldzug gegen die unmoralischen Filme wird der amerikanischen Filmindustrie rund 10 Millionen Dollar kosten. Will. H. Hays, der in der amerikanischen Filmindustrie eine entscheidende Rolle spielt, hat beschlossen, alle bereits unterzeichneten Verträge mit den Kinodirektoren für alle Filme zu annullieren, bei denen die Proteste der Kirche gerechtfertigt seien.

derer er Geltung beansprucht, wie im Reich der Künste, denn das ist ja nach der bisher in europäischen Kulturleben geltenden Auffassung das Charakteristikum der künstlerischen Schöpfung, das der Begriff des „Artfremden“, den die völkische Terminologie in die Aesthetik einführen möchte, durch das künstlerische Formerlebnis auf einer höheren geistigen Ebene aufgehoben wird. „Bettler werden Fürstenbrüder, wo dein sanfter Flügel weilt,“ hat der deutsche Schiller von jener Freude gesungen, deren sublimster Ausdruck die ästhetische Freude ist, wie sie das echte Kunstwerk vermittelt. An der Rasse (jener Rasse also, die als erste den Monotheismus zur Schwelle des Reiches dieser ästhetischen Freude aber hat das Reich Adolf Hitlers den Arierparagrafen aufgepflanzt. Spätere Zeiten aber werden sich den Kopf zerbrechen, wie es möglich war, daß sich in Deutschland die Intelligenz: Schriftsteller, Hochschullehrer, Rechtsanwälte, Ärzte und Künstler sich nicht der brutalen Durchführung einer Marotte widersetzt haben, die alle Kennzeichen der Halbbildung an sich trägt,

# Papen hat eine schlechte Presse

## Einmütiges Mißtrauen in Paris

A. Ph. Paris, 28. Juli.

Von unserem Korrespondenten

Es gibt kein französisches Blatt, das nicht mit aller Deutlichkeit ausdrückt, daß hinter den Ereignissen in Wien Hitlers Regie zu spüren ist, aber alle bezeichnen ihn auch mehr oder minder deutlich als „die Kraft, die das Böse will und das Gute schafft“. Man hatte beobachtet, wie bald nach der Verlegung Hitlers mit Mussolini wieder die Propaganda der deutschen Nazis gegen die österreichische Regierung einsetzte, wie diese Propaganda nach der deutschen Bartholomäusnacht vom 30. Juni verstärkt wurde, wohl um das deutsche Volk von einem allzu intensiven Nachdenken über den von seinem Führer angezeigten Freundschafts- und Brudermord abzuhalten; man hatte monatelang vergeblich gefordert, daß die Mächte, die seiner Zeit eine feierliche Erklärung für Österreichs Unabhängigkeit abgegeben hätten, daß Frankreich und Italien endlich dem Treiben der Hitlerpropaganda gegen und in Österreich ein Ende bereiten würden — alle Mahnungen waren umsonst. Es bedurfte erst des Nazistandrechts in Wien in diesen Tagen, um mit der Verhängung Schluss zu machen, mit der man vom Auslande her alles das behandelte, was in und um Österreich herum in der letzten Zeit geschah.

Eines steht schon fest. Die Wiener Ereignisse haben nur noch gefehlt, um den Bankrott der Außenpolitik des „dritten Reiches“ vollständig zu machen. Barthous Reisen nach dem Osten, seine Londoner Verhandlungen, das Schwablenproblem und die Diskussionen, die sich an diese Vorgänge knüpften, hatten deutlich gemacht, wie sehr die Hitlerdiplomatie in die Defensive gedrängt worden war. Aber es gab noch immer eine leise Hoffnung in Deutschland: Mussolini! Diese Hoffnung hat sich wie so manche Illusion der braunen Machthaber als trügerisch erwiesen. Wien hat auch die letzten Wochen zertrüffelt, die Berlin und Rom noch verknüpften. Das ist die Auffassung, der man in Pariser politischen Kreisen offenkundig begegnet, und die auch von der französischen Presse geteilt wird. Mussolinis Telegramm an Fürst Starbemberg läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

### „Paris-Midi“

steht in der Tatsache, daß Herr von Papen jetzt als außerordentlicher Gesandter nach Wien geschickt wird, den Beweis dafür, daß Hitler auf diplomatischem Wege das zu erreichen suche, was ihm durch den Gewaltstreik seiner Freunde am Mittwoch mißglückt sei, den Anschluß. Papen solle das „wahre Gesicht Deutschlands“ verkörpern, seine Wahl sei geschickt; sei er doch ein Diplomat, der immer ein Mann von Welt zu bleiben verstände, selbst dann, wenn er gegen das Land, bei dem er akkreditiert sei, intrigiere.

Gabriel Ferraux sagt im

### „Paris-Soir“

deutscher, was mit diesem letzten Satz gemeint sei. Er bemerkt, Papen sei im wahren Sinne des Wortes ein Diplomat. Er sei sogar noch mehr als ein Diplomat, wenn man sich an die Tätigkeit erinnere, die er während des Krieges in Washington entfaltet habe. Es ist also der Pariser Presse nicht entgangen, daß als deutscher Vertreter in das Land, in dem die Nazis mit Sprengstoff, die aus den Archiven der deutschen Reichswehr kommen, gegen die Präteritum arbeiten, ausgesendet Herr von Papen entsandt wird, der schon während des Krieges in Amerika in seiner Doppelseigenschaft als Attaché der deutschen Botschaft und Sprengstoffattaché gewisse negative Erfolge aufzuweisen hatte. Im

### „Figaro“

zählt Wladimir d'Ormesson alle die Tatsachen auf, die geeignet sind, Deutschlands Schuld an den Wiener Ereignissen zu beweisen. Er meint unter Bezugnahme auf Hindenburgs Weisungsdekret an den österreichischen Bundespräsidenten, es sei wahrscheinlich, daß Hindenburg, Neurath und alle jene, die in Deutschland sich noch ein gewisses menschliches Empfinden und Sinn für Recht bewahrt hätten, nach den blutigen Naziverbrechen vom 30. Juni und vom 30. Juli sehr nachdenken müßten über die schreckliche Wendung, die die deutsche Politik nehme. So könne die österreichische Krise in der Tat den innerdeutschen Konflikt verschärfen. Mit dieser Möglichkeit müsse man rechnen, ohne sie zu überschätzen.

Saint-Brice meint im

### „Journal“

der beste Beweis für die Schuld der Österreichischen Regierung sei darin zu sehen, daß die deutsche Presse nicht den Teil des Mussolini-Telegramms veröffentlichte, in dem es heißt, die zivilisierte Welt habe bereits maximal die diejenigen beurteilt, die direkt oder indirekt verantwortlich seien.

In der radikalen

### „Ere Nouvelle“

heißt es, seit dem 30. Juni sei Deutschland geneigt, die schimmlichen Vorarbeiten nicht nur auf dem Gebiete der Innenpolitik, was seine eigene Angelegenheit sei, sondern auch auf dem der Außenpolitik zu beenden, wobei Frankreich nicht ruhig zusehen könnte.

Der ebenfalls radikale

### „Oeuvre“

wertet den Ausgang der Wiener Ereignisse als eine Niederlage der nationalsozialistischen Politik. Das Blatt warnt vor allzu großer oder gar kriegerischer Schärfe, wie sie vom nationalsozialistischen „Journal des Debats“ gefordert wird. Ueberall die Handlungen der für die französische Politik Verantwortlichen, so meint „Oeuvre“, könnten meist Hitler die öffentliche Meinung zurückerobern, die ihm jetzt verloren gegangen sei.

In dem der politischen Mitte zuneigenden

### „Intransigeant“

nimmt Cassus das Wort. Er meint, Hitler wolle durch Papens Ernennung zum deutschen Vertreter am Balkanbündnis der Welt zeigen, daß er auf sein Anschlußprojekt ver-

zichte, da er den Mann nach Wien schicke, der nichts mit den Exzessen der Nazis zu tun habe. Wenn Deutschland jetzt auf der ganzen Linie abblasse, so nur deshalb, weil es begriffen habe, daß es andernfalls die ganze Welt gegen sich haben würde. Aber man möge sich durch Hitlers jegliche Haltung nicht täuschen lassen. Wenn das Gewitter vorüber sei, werde er sein altes Mandat wieder aufnehmen. Dies Mandat werde zwecklos sein, wenn die Großmächte einig bleiben, wie es jetzt der Fall sei.

### „Petit Parisien“

erklärt sehr zurückhaltend, alle Weisungsdekretamente der deutschen Würdenträger, alle Maßnahmen gegen den Hundsunthener Kabarett und den überlegenen deutschen Gesandten in Wien, Kiehl, und vieles andere noch werden nicht den mehr als peinlichen Eindruck hervorrufen können, den Goebbels' brutale Verherrlichung des Wiener Nazistandes und die unglückliche Vermittlungsaktion des deutschen Gesandten zugunsten der Nazirebellen überall hervorgerufen hätten.

Leon Waldu fordert in dem im Rechtslager stehenden

### „Jour“

eine aktive französische Außenpolitik. Das gemeine Verbrechen, das die österreichischen Nazis begangen hätten, bezahlt und angekauft von Hitlers Weuten, müsse schließlich von den Mächten neutralisiert werden. Niemals sei es nötiger gewesen als jetzt, eine Sicherheitspolizei zusammenzuführen zum Schutz gegen das Feuer, das Schwelend oder lodend mitten in diesem verfluchten Rabelwustlande. Schon habe sich Italien England genähert in der Frage der gemeinsamen afrikanischen Grenzen beider Länder, Frankreich müsse ebenso mit Italien sich einigen wegen Tunis und anderer Streitpunkte.

Im nationalsozialistischen

### „Ami du Peuple“

heißt es, Hitler habe in Wien eine Niederlage erlebt, aber er sei nicht der Mann, der sich durch eine Niederlage aufhalten lasse. Und das mache die Lage ernst und besorgniserregend.

## Befehl [s] Befehl

### Keine Antwort Papens

Die Blätter veröffentlichen den für den ehemaligen Vizekanzler Schmeißelhaft gehaltenen Brief Hitlers mit dem Angebot, aber kein Antwortschreiben v. Papens. Man nimmt an, daß Hitlers Wunsch, wonach v. Papen den Zollnieder mit dem Federhut des Diplomaten verlaufen soll, einem Befehl gleichkam, der keine weiteren Diskussionen verträgt.

### „Keine sympathische Erscheinung“

Als Schrittmacher des Nationalsozialismus in Deutschland und nach seiner Rolle bei der Zerschlagung der Zentrumspartei und bei dem Abschluß des von den Nationalsozialisten sabotierten Reichskonkordats kann Papen für die Männer des Kabinetts Dollfuß mindestens keine sympathische Erscheinung sein, ganz abgesehen davon, daß seine diplomatische Mission in den Vereinigten Staaten mit nie nachgewiesenen, aber auch nie aufgekärten Verschuldungen über die Mitwirkung an Sabotage- und Terrorakten belastet ist — eine Belastung, die heute der österreichischen Regierung Bedenken gegen die Gewährung des Abkommens nahelegen könnte.

(Neue Zürcher Zeitung)

### „Er wird wieder alles versprechen“

Ferner wird man mit der Meldung überrascht, daß Vizekanzler Papen als deutscher Gesandter nach Wien geht. Papen hat, persönlich vermutlich gutgläubig, die katholischen Kreise noch immer hingezogen, wenn er als Unterhändler des „dritten Reiches“ kam, deshalb wurde er bei seinem letzten Besuch in Rom höchst unangenehm behandelt. Nun wird diese Komödie wiederholt. Papen wird wieder einmal alles versprechen, was man will, und diese Versprechungen werden wie immer nicht eingehalten werden. Sie können gar nicht eingehalten werden. Einfach deshalb, weil die Gleichhaltung Österreichs für den Nazismus eine unerlässliche Voraussetzung seiner Existenz bedeutet. Er kann sie wohl verlangen, jedoch niemals aufgeben. Es wird nur in Berlin versucht, sich augenblicklich ganz klein zu machen, um vom heftigen Sturm des Augenblicks nicht mitgerissen zu werden. Später wird es andere Absichten geben und jene werden betrogen sein, die den Zusicherungen Papens getraut haben.

(Basler National-Zeitung)

## Wiener Zeitungen beschlagnahmt

### Weil sie gegen die Berufung Papens Stellung nahmen

Berlin, 18. Juli. Eine Reihe Wiener Blätter, darunter die „Freie Presse“ und das „Neue Wiener Tagblatt“, wurden von der Polizei beschlagnahmt, weil sie gegen die Ernennung Papens zum Wiener Gesandten Stellung genommen haben.

## Drei wichtige Verhaftungen

Wien, 28. Juli. In Wien wurden der Präsident des österreichisch-deutschen Volksbundes Generaldirektor Neubacher und Professor Engelmann verhaftet; ebenso wurde der Generaldirektor der alpinen Montanwerkstoffe, Dr. Apold in Gatt genommen.

### Dollfuß' Mörder soll Panetta heißen

DNB, Wien, 27. Juli. Wie die „Reichspost“ meldet, hätten die in das Bundeskanzleramt eingedrungenen Auf-

## Reich verteidigt sich

### Er wollte nur Blauvergessen vermeiden

In den Vorwürfen in Wien gibt der nach Deutschland zurückgekehrte Gesandte in Wien Dr. Kiehl Hitler eine Erklärung ab, in der es heißt:

Es sind aber meine Intentionen bei den Ereignissen, die sich im Bundeskanzleramt abgespielt haben, so verschiedenartige Reshungen und Vermutungen über meine Beweggründe geäußert worden, daß ich mich veranlaßt sehe, rein sachlich die Ereignisse darzustellen, wie sie sich tatsächlich abgespielt haben. Wie bekannt, hatte die in das Bundeskanzleramt eingedrungene Gruppe, nachdem Herr Dollfuß verwundet worden war und weitere Mitglieder der Regierung sowie etwa 100 Waunte gefangen gehalten wurden, gedroht, daß diese Gefangenen erschossen würden, wenn die das Gebäude umlagernden Truppen und Schutzkörpermannschaften es angriffen sollten. Nach mehreren Stunden, während derer von Regierungsseite mit der eingedrungenen Truppe verhandelt worden war, stellte Minister Reichharter-Stürmer, der den Befehl außerhalb führte, ein kurzes Ultimatum, nach dem der Angriff auf das Bundeskanzleramt erfolgen würde.

### Hauptmann Friedrich

Nach vom Ablauf dieser Krise wurde ich aus dem Bundeskanzleramt von dem Befehlshaber der eingedrungenen Truppe, der sich als Hauptmann Friedrich vorstellte, telefonisch angerufen. Er teilte mir mit, daß eine Vereinbarung mit den Regierungsvertretern abgeschlossen worden sei, auf Grund der, um seine Menschenleben mehr zu opfern, die gesamte Truppe, der die österreichische Staatsangehörigkeit bereits abtrant worden sei, mit zugesichertem freiem Geleit unter militärischer Bedeckung

aus Österreich abtransportiert und an eine Grenze gebracht werden müsse, für die sie die deutsche gewährt hätte. Friedrich sagte hinzu, daß die Ausführung des Abkommens noch deswegen unendlich sei, weil seine Leute fürchteten, auf der Fahrt oder vorher niedergemacht zu werden. Infolgedessen bat mich Friedrich, daß ich mir die Zulassung des freien Geleits für den Abtransport von dem zuständigen Minister beschaffen ließe.

Ich habe dies zunächst nicht zugesagt und erklärt, daß ich mit den gesamten Vorläufen nicht das geringste zu tun habe und mich nicht damit befassen könne. Darauf bestätigte Herr Reichharter, einer der im Bundeskanzleramt gelangenen gehaltenen Minister, mir telefonisch die getroffene Abmachung und wiederholte seinerseits die bereits von Friedrich vorgebrachte Bitte, daß ich sofort in das Bundeskanzleramt komme und die vor dem dort Befehl führenden Minister Reichharter-Stürmer getroffene Abmachung bestätigen lasse, weil hiervon die Durchführung derselben abhänge.

Da bis zum Ablauf des gestellten Ultimatum nur noch wenige Minuten übrig blieben und nachdem mir übereinstimmend abgegebenen Erklärungen eine friedliche Lösung nur möglich sei, wenn ich dem an mich gerichteten Ersuchen stattgehe, habe ich Minister Reichharter-Stürmer aufgefordert. Zu Beginn dieser Unterredung teilte mir dieser mit,

### daß Herr Dollfuß tot sei.

Sodann bestätigte der Minister mir den Inhalt der getroffenen Vereinbarung und das zugesicherte freie Geleit für die gesamte im Gebäude befindliche bewaffnete Truppe. Die gleiche Bestätigung erhielt ich von dem ebenfalls anwesenden Minister Reichharter. Ich habe hierzu keinerlei Zustimmung oder sonstige Erklärung gegeben, jedoch betont, daß, wenn ich diese Mitteilung aus den erwähnten Gründen entgegennehme, ich dies nur persönlich tue.

Aus dieser Schilderung der tatsächlichen Vorgänge geht zunächst hervor, daß ich nicht, wie behauptet worden ist, eine Vermittlungsaktion eingeleitet oder mich davon beteiligt habe, sondern daß ich lediglich die Mitteilung einer bereits stattgefundenen Vereinbarung gewissermaßen entgegengenommen habe.

### ohne mich dazu zu äußern.

Es erhellt ferner daraus, daß ich auch nicht auf Veranlassung der in das Bundeskanzleramt eingedrungenen Truppe gehandelt habe, sondern daß ich nur im Einvernehmen mit dem mir zum Ausdruck gebrachten Wunsch österreichischer Regierungsmitglieder vorgegangen bin.

Ich stelle auch fest, daß die Erklärung der drei Ministermitglieder über das freie Geleit mir gegenüber abgegeben wurde, nachdem sie mir bereits das Hinscheiden des Bundeskanzlers Dollfuß mitgeteilt hatten, daß also diese Zulassung in voller Kenntnis des traurigen Ereignisses gegeben worden ist.

## Dollfuß

Engelbert Dollfuß stand im 42. Lebensjahre. Er wurde in Leixing in Niederösterreich geboren. Er entstammte einer Geringverdienenden Familie. Nach Abschluß des Gymnasiums in Hollabrunn studierte er Rechte in Wien und Nationalökonomie in Berlin. In Beginn des Weltkrieges rückte er als Freiwilliger ein; er wurde Oberleutnant. Nach Kriegsschluss beendete er seine Studien in Berlin. Als Jurist und Nationalökonom betätigte er sich eifrig in der „Vereinigung der deutschen Bauernvereine“. Später erwarb ihn der österreichische Bauernbund zu ihrem Sekretär und 1927 wählte ihn die Landes-Landwirtschaftskammer zum Amtsdirektor.

In dieser Funktion hat Dollfuß an allen Aktionen der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Körperschaften Österreichs grundlegend und bestimmend mitgewirkt. Als Vertreter der Landwirtschaft wurde Dollfuß 1929 in die Verwaltungskommission der österreichischen Bundesbahnen berufen und von dieser zum Präsidenten ernannt. Als dann 1931 der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Andreas Zehner, zurücktrat, wurde Dollfuß sein Nachfolger. Nach dem Austritt des zweiten Reichstags wurde er 1932 zum Bundeskanzler, Minister des Reichs und Minister für Land- und Forstwirtschaft ernannt. Auf der Basis der Christlichsozialen Partei (auf der die österreichische Front, unter Ausschaltung des Parlamentes und wurde so der Diktator Österreichs. Er ist vor der Geschichte belastet mit der Blutschuld der Wiener Februartage 1934, die in tragischer Verkettung mittelbar zu seiner Ermordung durch terroristische Nazis führten.

händlichen die dort Dienst tuenden Polizeibeamten im Namen des Polizeidirektors Steinhilf und des Generalsinspektors Dr. Gogmann entwaffnet. Generalsinspektors Steinhilf, der Vorstand der Kriminalsektion der Bundespolizeidirektion Wien ist, sowie Polizeibeamten Dr. Gogmann sei das Verfahren bereits eingeleitet, Polizeidirektor Steinhilf soll verhaftet worden sein.

Die „Reichspost“ berichtet ferner, daß der Mörder des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß ein 33jähriger Wehrmann namens Panetta sei. Er sei im Kriege Kaiserjäger gewesen, und das Tragische sei, daß ein Kaiserjäger den ehemaligen Kaiserjägeroberleutnant Dollfuß getötet habe...

# Pariser Berichte

## Der Flüchtlingskommissar im Pariser Comité

Der Flüchtlingskommissar Macdonald, der sich nach der letzten Konferenz mit den Hilfsorganisationen einige Tage in Paris aufhielt, besuchte am Mittwochmorgen unerwartet das Comité National in der rue de la Durance. Er erschien in Begleitung seiner Frau und eines deutschen Professors, der sich aufopfernd der entsetzlichen Lage der Flüchtlinge in Frankreich annimmt und deshalb aus Amerika mit dem Kommissar herübergekommen war. Der Flüchtlingskommissar und seine Begleiter, die von dem Direktor des Comité National geführt wurden, waren sichtlich von der großen Zahl der Wartenden und ihrem Elend ergriffen. Im großen Wartesaal ergriff ein Flüchtling das Wort und schilderte dem Oberkommissar die traurige Lage der Flüchtlinge, ihren Hunger, ihre Obdachlosigkeit und die unzureichende Hilfe, die ihnen gewährt wird. Er klagte auch über die unfreundliche, unwürdige Behandlung, die von seiten eines Teiles der Angestellten den Flüchtlingen zuteil wird. Herr Macdonald erwiderte in deutlicher Erschütterung in einer kleinen englischen Ansprache, die sogleich ins Deutsche übertragen wurde. Er führte aus, er bedauere es sehr, daß unglücklicherweise dem Hohen Kommissariat keine Mittel zur Linderung der Not der Flüchtlinge weder vom Völkerbund, noch von den beteiligten Regierungen zur Verfügung gestellt worden seien. Daher müsse alles Geld bisher und auch weiterhin von Privatleuten aufgebracht werden. Er sagte, es sei ihm sehr wichtig, sich jetzt in den Reihen der Flüchtlinge selbst über ihre Nöte ein Urteil bilden zu können. Schon bisher habe er namentlich in Amerika und England für die notleidenden Emigranten in Paris sammeln, ja sogar betteln müssen. „Zwei Aufgaben sind es vor allem, fuhr Macdonald fort, die von uns jetzt zu lösen sind: die Schaffung von Arbeitsstellen und die Auffindung von Existenzmöglichkeiten, die eine wirkliche dauernde Hilfe für die Flüchtlinge bilden, zweitens aber bis zur Auffindung solcher Einordnung die Gewährung der dringendsten Hilfe, um die Flüchtlinge nicht durch Hunger und Obdachlosigkeit umkommen zu lassen.“ Die Hilfe könne leider in der heutigen Welt fast nur in drei Ländern, Frankreich, England und Amerika gefunden werden. Macdonald schloß seine kurze Ansprache, die von den anwesenden etwa 150 Flüchtlingen mit begeistertem Beifall aufgenommen wurde, mit den Worten: „Ich werde alles versuchen was in meiner Macht steht, um diese beiden Aufgaben zu lösen, und vor allem um die schwere Not, in der Sie sich befinden, zu lindern.“

Mit diesen Gedanken des Flüchtlingskommissars ist es freilich nicht zu vereinbaren, daß nach den in Paris umlaufenden Nachrichten das Comité National mit der Absicht umgeht, für einige Zeit ganz zu schließen und die Flüchtlinge ihrem Elend zu überlassen, das sie in Krankheit und Verbrechen treiben muß.

## Deutscher Klub

Heute, Samstag, den 28. Juli, um 21 Uhr, spricht Rechtsanwalt Dr. A. Wolff über interessante politische und Kriminalprozesse in den neuen Räumen des Deutschen Klubs: Peristyle, 31 bis, Rue de Vivienne (Métro: Bourse). Danach: Geselliges Beisammensein mit Tanz. — Gäste sehr willkommen. Unkostenbeitrag: 3 Fr.

## Straßburger Wodenschau

Straßburg, 27. Juli

### Ein Länderkampf und seine Vorgeschichte

Zum siebten oder gar achten Male traten zum friedlichen Wettbewerb am vergangenen Sonntag die Landesverbände Baden und Elsaß der Sparte Leichtathletik auf den Plan. Der Kampf fand dieses Mal in Straßburg statt. Ein Ereignis, das uns kaum zu mehr als einer kurzen Berichterstattung herausfordern würde, hätte es nicht eine pikante Vorgeschichte, die mit der Naziversendung des deutschen Sportes zu erklären ist. In der letzten Woche vor dem Kampf erhielt der elsässische Verband von den badischen Sportgrößen nämlich einen kleinen Brief, in dem mit Hakenkreuz und „Heil Hitler“ einige Bedingungen bekannt gegeben wurden, die der badische Verband stellte. Die Badener teilten höflich und gottesfürchtig mit, daß es bei Länderkämpfen üblich sei, die Fahnen der beteiligten Nationen zu zeigen. Das wußte man auch ohne diesen Hinweis in Straßburg. In der Voraussetzung, daß man in Straßburg zwar wisse, welches die Farben des „neuen“ Deutschland sind, aber vielleicht doch nicht gesonnen sei, sie allzu auffällig zu zeigen, teilten die Badener mit, daß sie Wert darauf legen müßten, die Fahnen des neuen Deutschland (Hakenkreuzbanner und Schwarz-Weiß-Rot) neben der Trikolore flattern zu sehen. Die Badener erboten sich außerdem, die Fahnen selbst mitzubringen, da sie berechtigten Grund zu der Annahme hatten, daß es solche Fahnen in Straßburg nicht gibt. Zweitens forderten die Führer der badischen Gäste, daß zu Beginn des Kampfes die Nationalhymne gespielt werden müsse, und zwar nicht das Deutschland-, sondern das Horst-Wessel-Lied! Immerhin ein sonderbarer Briefwechsel, der sich nur aus der geistigen Einstellung gewisser neuer Größen in Hitler-Deutschland erklären läßt. Dem Gastgeber vorschreiben zu wollen, was sich schickt, ist eine Gepflogenheit, die man sonst in der Welt nicht kennt. Nun, die Elsässer sind gemütliche Leute. Sie sagten den Badenern, daß sie kommen, aber alles andere dem elsässischen Verband überlassen sollten. Als am Sonntagmittag der Kampf begann, flatterten keine „Hitlerfahnen über allen Straßen“ und auch das Horst-Wessel-Lied blieb ungesungen. Lediglich an der Ehrentribüne, die von der Trikolore umhängt war, sah man die von den Badenern mitgebrachten zwei Fahnen, die so „geschickt“ aufgehängt waren, daß sie das Publikum überhaupt nicht zu sehen bekam. Die Mannschaften betraten das Spielfeld. Die Elsässer riefen ihren Sportruß und die Badener erhoben stumm die Hände. Kein Ruf, kein Sieg-Heil, nichts. Die badischen Schlachtenbummler, in großer Zahl erschienen, machten lange Gesichter und kamen sich, als das elsässische Publikum bei der Komödie überlegen lächelte, recht bedeppt vor. Der Kampf selbst brachte den Badenern einen überlegenen Sieg. Aber es gab zum Schluß keine Feierlichkeiten mehr, kein Bankett — wie sonst üblich — keine Ansprachen! Mit der „Bewunderung“ Hitler-Deutschlands ist also nicht so weit her, wie Herr Goebbels durch seine kommandierte Presse dem deutschen Volk immer wieder verkünden läßt. Das haben die Sportler, die sich im übrigen zu freuen schienen,

wieder einmal in Freiheit atmen zu können, zu spüren bekommen. Vielleicht gibts auch einige, die ihre Beobachtungen zu Hause nicht für sich behalten werden. Wer möchte da noch bezweifeln, daß solche sportlichen Wettkämpfe zum „gegenseitigen Verstehen“ in außerordentlich hohem Maße beitragen?!

## Schlagfertiges Amerika!

Passage clouté! Das ist in Frankreich geheiligter Boden. Der Fußgänger gilt im Lande des gesteigerten Automobilverkehrs noch etwas. Deshalb findet man in allen Städten an wichtigen Verkehrsmittelpunkten Straßenübergänge, die dem Fußgänger Schutz und Sicherheit gewähren. Die Wege sind gekennzeichnet durch großköpfige Nägel, die die Grenzen bilden, innerhalb deren sich der Fußgänger über die Straße bewegen kann. Der Automobilist hat einen heiligen Respekt vor diesen Passages cloutés, er darf sie nur überqueren, wenn kein Fußgänger weit und breit zu sehen ist. Die Fußgänger sind den Behörden für diese Einrichtung dankbar und lassen sich von dem Verkehrsschutzmann gerne zurechtweisen, wenn sie einmal in der Eile der Arbeit oder beim gedankenlosen Straßenbummel die Passage clouté verfehlen. Doch es gibt auch Ausnahmen. Als dieser Tage eine smarte Amerikanerin sich den Teufel um den genagelten Uebergang kümmerte und einfach quer nach eigenem Gutdünken über die Straße lief, ließ der Verkehrsschutzmann ein heiliges Bonnerwetter gegen sie los. Sie verstand nicht und ging immer mehr dem Schutzmann entgegen, der über eine so verstockte Sünderin mit Recht empört war. Er wettete in allen Sprachen der Welt, aber die elegante Miß, ließ sich nicht beeindrucken. Sie marschierte auf ihn zu und als sie nahe genug herangekommen war, versetzte sie dem darob höchst erstaunten Schutzmann zwei Ohrfeigen, die nicht von schlechten Eltern stammten. Als der Schutzmann seine fünf Sinne wieder beisammen hatte, war die schlagfertige Miß längst auf der anderen Straßenseite angelangt, um die Flucht zu ergreifen. Er setzte ihr nach, konnte sie stellen, sie setzte sich wieder zu Wehr, hatte aber diesmal mit ihren Schlägen kein Glück. Sie mußte mit zur Polizei, wo man ihre Personalien feststellte. Sie wird sich nun vor Gericht zu verantworten haben. Man darf nicht ungestraft einen Schutzmann schlagen, auch wenn man aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten kommt!

## Unwetter über elsässischen Landstrichen

Schwere Hagelwetter gingen dieser Tage über verschiedenen elsässischen Weinbaugebieten nieder. Im Mittelsaß vernichtete ein Hagelwetter große Teile des Dambacher Weinbaugebietes. Auch die Barrer Ecke wurde schwer heimgesucht. Die Winzer sehen in vielen Fällen den Ertrag der Weinernte, die heuer besonders günstig zu werden versprochen, vernichtet.

## Cherchez la femme!

Eine blutige Messerstecherei entwickelte sich in der Nacht zum Montag in der Langen Straße zwischen drei Männern, die als Beschützer dort ihrem besonderen Gewerbe nachgehender Frauen bekannt sind. Ein 38 Jahre alter Mann wurde dabei getötet, ein anderer schwer verletzt. Der Täter konnte eine Stunde später in der Nähe des Bahnhofs, als er die Flucht ergreifen wollte, verhaftet werden.

## Man muß die Pirro und Röchling fassen!

Zu dem Attentat auf den Polizeikommissar Machts in Saarbrücken schreibt die hier erscheinende radikal-sozialistische „Republique“ u. a. folgendes: „Nun aber muß die Saar-Regierung ungesäumt handeln. Die zum Morde gehende Presse hat ihr Existenzrecht verloren. Die Waffen, die zu Putsch und Attentaten dienen sollen, müssen ungesäumt eingezogen werden. Mr. Knox, der Präsident der Regierungskommission, wird wohl jetzt selbst zu der Einsicht gelangt sein, daß die Betrachtungsweise, von der er bisher seine Regierungstätigkeit leiten ließ, daß er nämlich als Schiedsrichter und Unparteiischer in einem fairen Sportsmatch fungiere, nicht länger aufrechterhalten und praktiziert werden kann. Wo Revolververschüßen und Journalisten auftreten, hat der Sportbegriff keine Stätte mehr. Die „deutsche Front“, die jetzt durch ihre Wortführer erklären läßt, daß sie ihre Hände in Unschuld wasche — sie ist der Ausgangspunkt allen Terrorismus. Die Regierungskommission muß jetzt die Pirro und Röchling fassen. Dann wird der Spuk im Saargebiet rasch verschwunden sein.“

Diesen Worten kann aus vollem Herzen zustimmen, wer die wahre Stimmung im Saargebiet und die verantwortungslosen Drahtzieher der „deutschen Front“ kennt. E. D.

## Die Einheitsfront

### Aktionsprogramm in Frankreich

Paris, 28. Juli. Die marxistische Zeitung „Populaire“ veröffentlicht den Wortlaut des gemeinsamen Aktionsprogramms, auf das sich die französischen Sozialisten und Kommunisten zur Bekämpfung von Faschismus und Krieg und zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten geeinigt haben. Das Programm sieht gemeinsame Versammlungen und Streikaufrufe vor, bei denen sich Marxisten und Kommunisten gegenseitig Hilfe leisten, wenn die einen oder die anderen mit falschhittigen Generalhandgemein werden. Unter Wahrung der beiderseitigen Werbefreiheit wollen sich die beiden Parteien bei dieser gemeinsamen Aktion gegenseitiger Kritik enthalten.

Zum Ausbau eines blühenden Unternehmens wird von belg. Fabrikanten für Futtermittel

### Teilhaber gesucht

Angebote unter Hacker an die Esp. d. Ztg.

Schweizerisches und deutsches  
Wurstwarengeschäft

Kochschinken, Speck, Würstchen und Linsen

### Produits Schmid

78, Boulevard de Strasbourg, 4, rue St. Laurent

Paris, bei Gare de l'Est

Telefon 4 Linien versorgt unter 607285 91-92

## Staatenloser

in gesicherter Position kann durch Zu'all in einem ersten mitteleuropäischen Staat einbürgert werden. (Nicht Schweiz). Offerten an Chiffre SA 5342 Z. Schweizer-Annoncen-A.G., Zürich, Schweiz

---

Inseriert in der

### „Deutschen Freiheit“

## BRIEFKASTEN

„Vandészeitung“ Saarbrücken. Sie schreiben in einer Polemik gegen uns: „Wir möchten deshalb die zuständigen Stellen der Regierungskommission zu einer Ergründung der Frage anregen, ob es sich angeht, die nun einmal gegebenen Konsequenzen aus jenen Vorgängen zu ziehen, die Konsequenz nämlich, den persönlichen Anlauf zu den wiederholten Zwischenfällen zu befechtigen.“ Diese unmißverständliche, an die Regierungskommission gerichtete Anregung hat die sogenannte „Deutsche Freiheit“ in der Form zitiert, daß sie sagte, die „Vandészeitung“ habe noch am Tage des Anschlages „die Befehligung des persönlichen Anlaufes, nämlich des Kommissars Machts gefordert — mit Worten, die zu jeder Ausdeutung fähig waren“.

Sie wissen genau, daß nicht nur wir, sondern auch die katholische „Saar-Voß“ auf das Bedenklliche Ihrer Formulierungen gegen Machts hingewiesen hat, die im Rahmen der niederrheinischen allgemeinen gleichgeschalteten Freieidgen gegen den Polizeikommissar zu verstehen wären. Ferner müßten Sie mindestens seit dem 30. Juni wissen, wie Ihr „Bühner“ und seine Mörderfiguren mißliebige Gegner „zu befechtigen“ pflegen. Wenn nicht durch Ihre Gleichschaltungs- mit Gangherrschaft katholischen Beweisen gelitten hätte, würde Sie längst gegen die auf Machts gerichtete Klagenantlage protestiert haben. Aber was kann man schon von einem „katholischen“ Blatt verlangen, das nach einigen schwächlichen Vamentis sogar über die heillosen Worte an den Katholikenführer Klausener und Probst den Mantel des Schweigens deckt, dessen Mühe Sie wachen die Schande nicht von sich ab, daß Sie aus materiellen Bindungen den Anordnungen von Leuten sich fügen, die in der ganzen Welt, neuerdings sogar in dem päpstlichen Vatikan, als Gangherrscher bezeichnet werden.

Sie wollen uns Anstandslos erteilen? Daß Sie nicht schamrot werden!

Religiöser Sozialist. Ueber einen Besuch in der Eifel schreiben Sie uns: „Som Bahnhof ging ich eine kurze Strecke mit einer Banerfrau. Ich sagte ihr: „Ich bin aus dem Saargebiet, ich bin neugierig, was hier alles beger geworden ist.“ Sie antwortete: „Es wird jeden Tag schlechter; wenn heute ein Duhn ein Ei legt, da kümmern sie sich darum; man ist aber nicht mehr Herr.“ — Wenn die Leute merken, daß sie nichts zu fürchten haben, dann sprechen sie sich aus. Ich habe mich mit einer ganzen Reihe Menschen unterhalten in der Eifel, an der Mosel, auf dem Hunsrück. Dort sogar mit SA. und SS. Nach der Aussprache glaubte keiner mehr an den Heiland Hitler. Die letzten drei Wochen war ich dann bei meiner Tochter auf dem Hunsrück. Vor zwei Jahren haben sie mir dort die Fenster eingeworfen; jetzt sind die Leute freundlicher als je. Da merkt man am besten den Umschwung.“

G. R., Eugendorf. Das nationalistische Lied, das Sie meinen, lautet:

Verraten, erschlagen, viel hunderttausend tot.  
Auf Straßburg welche Fahnen verhöhen deutsche Not.  
O Straßburg, o Straßburg, mir tut das Herz so weh,  
Wenn ich auf deinem Mäntel die Trikolore seh.  
Och flattern, ich tauschen, und schmand auch unser Bild,  
O Straßburg, unser Straßburg, wir holen dich zurück.

Mit den Reden und Schwüren des „Bühners“ stimmt das nicht mehr überein, aber es bleibt eben wahr: „Um ein Königreich bricht man jeden Eid.“

M. J. Sie haben eine Reise an den Niederrhein gemacht und alte sozialdemokratische Genossen aufgesucht. Darüber berichten Sie uns: „Trotz der elenden Löhne, die oft nicht einmal zu Margarine reichen, sind unsere Genossen guten Mutes. Alle sind in der Arbeitsfront, aber dort schon Einfluß in unserem Sinne aus. Ein früher sehr bekannter Funktionär sagt mir: „Bei uns in den Versammlungen wird nicht mehr mit Heil Hitler gegrüßt, und das Dorn-Roselied wird nicht mehr gesungen; das haben wir schon fertiggebracht.“ Ich war Sonntag im Dom. Da predigte ein berühmter Kanzelredner, ein Vater; den Namen habe ich vergessen. Der hat schwer Kritik geübt an dem neuen Kurs. Der Dom war voll. Unsere Genossen sagten mir, die Hälfte seien SPD. und KPD. Als die Predigt zu Ende war, sind die Gläubigen eben gelieben, die Hälfte ging heraus. Man kann sich schon ziemlich frei bewegen, die Begeisterung ist verfliegen und damit auch der Fanatismus. Ich bin nirgends belästigt worden. Ich ging öfter an Uniformierten vorbei, die mit Heil Hitler grüßten, ich aber sagte freundlich guten Tag. Einmal ging ich mit einem Freund durch den Friedhof spazieren. Auf einmal sagte er: „Jetzt müssen wir die Hand hochheben, da kommt eine Fahnenaktion, wir können nicht ausweichen.“ Ich sagte: „Ich mache nicht Heil.“ Ich ging stramm vorbei und niemand sagte was.“

Für den Gesamteindruck verantwortlich: Johann Vih in Durbeller; für Inserate: Tito Kubin in Saarbrücken. Notationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken & Schöpsstraße 5. — Schließfach 770 Saarbrücken.

### Stellung gesucht

für jungen Saarländer. Gelernt in erster saarländischer Firma für Sanitätsartikel, Krankenpflege u. Chirurgie. Offerten erb. unt. Nr. 1088 an die Expedition dieser Zeitung

### Chirurg.-Mediz. Klinik Dr. Ettinger

168ter Avenue de Neuilly, NEUILLY-sur-Seine. Tel.: Mollot 95-50. — Ständige Betten. Dauernder ärztlicher Tag- und Nachtdienst Konsultation erster Professoren — Stationskrankte pro Tag ab 90 Fr. Entbindungen. Gewissenhafte Behandlung, jeglicher Komplikation für X- und ultravioletten Strahlen, Lichtbäder. Teilweise und ganze Entbindungskur. — Hochfrequenz, Diathermie. Persönliche oder schriftliche Auskünfte auf Wunsch

### Existenz

Mühle in Luxemburg mit Wasserkraft und Fischerei, zur Einrichtung eines Touristen- und Wochenendheimes geeignet, günstig zu verkaufen. Anfrag. an die „Deutsche Freiheit“ Saarbrücken, unter L. 1080.

### Deutsches Zahnärztliches Institut

22, RUE DE DOULAI. Métro: Blanche, Pigalle. Tel. Trinité 90-27. Sprechstunden: 9-12, 2-6 Uhr

Zahn- u. Mundkrankh. Röntgen- Elektrotherapie. Prothesen, Kronen, Brücken in Gold, Platin u. Porzellan

NEUHEIT: PORZELLAN-KRONEN UND BRÜCKEN

Umarbeitung schlechttzender Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz. Reparaturen binnen 3 Stunden

SCHONENDSTE BEHANDLUNG FÜR NERVOSE UND HERZKRANKE

MASSIGE PREISE, UNTERSUCHUNG U. BERATUNG KOSTENLOS

Werbt für die „Deutsche Freiheit“